



Franz Jungwirth:

Hohes Maß an Integrationsfähigkeit

Der oberbayerische Bezirkstagspräsident feierte am 9. November seinen 65. Geburtstag. Seine Wahl hat sich als Glücksgriff erwiesen. **Seite 10**



Alexander Radwan:

Kommunale Selbstverwaltung schützen

Der CSU-Europa-Abgeordnete spricht sich entschieden gegen europäische Interventionen und Regelungen für die Daseinsvorsorge aus. **Seite 2**



Prof. Dr. Klaus Jamin:

Wundermittel Outsourcing zur Kosteneinsparung?

Der IT-Experte analysiert Potenziale zur Effizienzsteigerung bei der Verlagerung von Geschäftsprozessen und plädiert für fachmännische Beratung. **Seite 5**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 20. November 2003

54. Jahrgang / Nummer 22

KPV-Landesversammlung in Feuchtwangen:

Reformieren statt deformieren!

Kommunalpolitiker fordern Steuerreform aus einem Guss

Die Weichen für die Zukunft der KPV Bayern sind gestellt: Mit herausragenden hundert Prozent abgegebener gültiger Stimmen wurde Weilheim-Schongaus Landrat Luitpold Braun bei der Landesversammlung der KPV der CSU in Feuchtwangen in seinem Amt als Landesvorsitzender wiedergewählt. Als Stellvertreter beinahe ebenso eindrucksvoll bestätigt wurden Passaus Landrat Hanns Dorfner, Regensburgs Bürgermeister Gerhard Weber sowie Roßbals Gemeindeoberhaupt Maximilian Gaul.

„Reformieren statt deformieren - Kommunalpolitik braucht berechenbare Grundlagen“ lautete das Motto der Tagung in der Bayerischen BauAkademie - dem Standort einer ehemaligen Bundeswehrkasernen, wie Feucht-

Land. Dies habe allgemein mit der regionalen Struktur zu tun, im besonderen aber mit dem Bau der äußerst erfolgreichen, jüngsten Spielbank Bayerns.

Die Wurzeln des Erfolgs

Das ist der neue Vorstand

Landesvorsitzender: Landrat Luitpold Braun; seine Stellvertreter: Gruppe Gemeinden: Maximilian Gaul, Gruppe Städte: 2. Bürgermeister Gerhard Weber, Gruppe Landkreise: Landrat Hanns Dorfner, Gruppe Bezirke: Bezirkstagspräsident Rupert Schmid; Schriftführer: stv. Landrat Roland Metz und 2. Bürgermeister Klemens Gsell; zehn weitere Mitglieder des Landesvorstandes: StR Heinrich Bachmann, Landrat Prof. Dr. Ulrich Reuter, KR Lambert Huber, KR Werner Kundörfer, Bgm. Reinhold Macho, Bgm. Rudi Janisch, Bgm. Gerhard Preß, StR Robert Brannekämper, StR Gertrud Schmidt-Podolsky, StR Hildegard Schuster. In den Hauptausschuss wurden gewählt: Bgm. Josef Bauer, 2. Bgm. Ulrike Beck, StR Gerhard Bucher, OB Wolfgang Dandorfer, Bgm. Dr. Rita Fischer, Bgm. Heinz-Gerd Horlemann, KR Klaus Huber, Bgm. Anton Knapp und GR Roswitha Nöbauer. Ehrenvorsitzender: Otto Ammon, Ehrenmitglied: Paul Röhner.

Der Bezirksvorsitzende der KPV Mittelfranken, Peter Grimm, verwies darauf, dass die Wurzeln dauerhaften politischen Erfolges der CSU in Bayern die unzähligen Kommunalpolitiker seien, die sich auch im gesellschaftlichen Leben ihrer Kommunen aktiv beteiligten.

Hieraus schöpften alle höheren politischen Ebenen ihre Kraft. Wenn aber die Wurzeln geschädigt würden, so Grimm, verkümmere der ganze Baum. Vor diesem Hintergrund gab er der Hoffnung Ausdruck, „dass wir schnellstmögliche Hilfe für

die kommunale Familie erhalten, damit unser demokratisches System nicht Schaden nimmt“.

„Stoi-Bär“ für Braun

CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder, der bei seinem „KPV-Antrittsbesuch“ Luitpold Braun einen kuscheligen „Stoi-Bär“ übereichte und damit die Sympathien der 200 Gäste schnell auf seiner Seite hatte, betonte, dass ihm das Gespräch mit der Parteibasis ein elementares Anliegen sei. Er wisse nur zu gut, wie wichtig die KPV für die CSU sei. Aus der Kraft der Kommunen schöpfe die Partei ihre Energie. Söder sagte jede Form der Unterstützung zu und bedankte sich gleichzeitig beim KPV-Vorsitzenden und seiner Gemeinschaft für die exzellente Arbeit, die zu einem großen Teil dazu beigetragen habe, dass die CSU ein derart hervorragendes Ergebnis bei den Landtagswahlen verzeichnen konnte.

Debatte über Arbeitszeiten

Nachdrücklich forderte der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, die Kommunen dazu auf, sich an der Debatte über die Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst aktiv zu beteiligen. Der Freistaat Bayern trete für eine Kündigung des Tarifvertrags mit einer Arbeitszeit für Angestellte des Öffentlichen Dienstes von 38,5 Wochenstunden ein. Das Ziel sei, wieder auf 40 bis 42 Stunden Wochenarbeitszeit zu kommen. „Ich fände es mehr (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Podium bei der Landesversammlung der Kommunaltagesvereinigung in Feuchtwangen (v. l.): Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser, Landrat Hanns Dorfner, Bürgermeister Maximilian Gaul, Bürgermeister Gerhard Weber und Landrat Luitpold Braun.

Wiesheu legt Industriebericht 2003 vor:

Hemmschuh Investitions- und Konsumklima

Für Bayerns Industrie ist noch kein Ende der Schwächephase in Sicht. Das Verarbeitende Gewerbe leide unter strukturellen Defiziten, die auch bei einem Anspringen der Konjunktur nicht automatisch beseitigt würden, sagte Wirtschaftsminister Otto Wiesheu (CSU) in München bei der Vorstellung des Industrieberichts 2003. Wichtigste Aufgabe für die Betriebe sei es, durch innovative Produkte den Kostennachteil auszugleichen. Im ersten Halbjahr waren die Industrie-Umsätze im Freistaat rund 0,3 Prozent zurückgegangen.

Betrachtet man sich die Profile der einzelnen Regierungsbezirke, so ist für Oberbayern festzustellen, dass angesichts der schwierigen Wirtschaftslage sich die Industrieumsätze 2002 mit einem Plus von 4,8 Prozent vergleichsweise robust entwickelten. Konjunkturelle Stütze war in erster Linie die Automobilbranche, die ihre Exporte erneut stark ausweiten konnte. Positive Impulse kamen außerdem von der Rundfunk- und Nachrichtentechnik sowie der Chemieindustrie, nachdem beide Bereiche 2001 noch deutliche Einbußen zu verzeichnen hatten. Sinkende Erlöse meldeten die anderen großen Branchen, d.h. der Maschinenbau, die Elektrizitätstechnik, die Medizin- und Regeltechnik, das Verlags- und Druckwesen sowie das Ernährungsgewerbe, wobei vor allem das schwache Inlandsgeschäft das Wachstum bremste.

Exportserfolge

Die Industriekonjunktur Niederbayerns profitierte 2002 in erster Linie von den Exportserfolgen des Automobilsektors. Dank dieser Schubkraft kletterte der Gesamtumsatz um 7,1 Prozent über das Vorjahresniveau. Allerdings wären ohne die Herstellung von Kraftwagen und -teilen die Erlöse um 1,5 Prozent gesunken. In der Oberpfalz haben sich die Kennziffern für die Industriekonjunktur 2002 deutlich auseinander entwickelt. Während die Inlandserlöse um 0,6 Prozent zurückgingen, kletterten die Auslandserlöse um 17,8 Prozent über den Vorjahreswert. Insgesamt resultierte daraus ein Umsatzanstieg von 7,0 Prozent. Auf fachlicher Ebene konzentrierte sich dieser Zuwachs vor allem auf den Automobilsektor, der erneut von seiner Exportstärke profitierte, sowie in geringerem Umfang auf den Maschinenbau.

Kraftlose Binnennachfrage

Mit 19,5 Milliarden Euro erlösten die Betriebe in Oberfranken 8,1 Prozent weniger als im Vorjahr, nachdem sie 2001 noch einen Anstieg von 5,7 Prozent verbucht hatten. Dämpfende Einflüsse kamen primär von der kraftlosen Binnennachfrage, von der die oberfränkische Industrie aufgrund ihrer sektoralen Struktur besonders abhängt. Aber auch die Exporte entfalteten keinen Schwung. Von beiden Trends war nahezu die ganze Bandbreite der Branchen betroffen. In Mittelfranken wiederum verfehlte mit rund 31 Milliarden Euro der Umsatz sein Vorjahresniveau um 8,6 Prozent, nachdem

bereits 2001 eine Stagnationsphase die starke Expansion nach der Jahrtausendwende abgelöst hatte. Der Umsatzrückgang erfasste das Gros der Branchen, wobei die Rundfunk- und Nachrichtentechnik das Ergebnis überproportional belastete. Positive Impulse kamen u.a. vom Ernährungsgewerbe und der Medizin- und Regeltechnik.

In der unterfränkischen Industrie blieben mit einem Plus von (Fortsetzung auf Seite 4)



Des Bürgermeisters Anregung, Stadtratssitzungen live im Internet zu übertragen, ist nicht nur auf Zustimmung gestoßen. Spontan fällt der Vorzimmerperle dazu folgende Bismarcksche Weisheit ein: „Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Mit schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts.“ S. 11

wangens 1. Bürgermeister Wolf Rüdiger Eckhardt eingangs bemerkte. Er könne positiv vermerken, dass es seiner Kommune bei weitem nicht so schlecht gehe, wie vielen anderen im



Eine neue Ära beginnt in der KPV-Geschäftsstelle: Die Fähigkeiten von Jens Korn (re.) möchte CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder gerne für die gesamte Partei nutzen und machte den bisherigen Landesgeschäftsführer deshalb zu seinem Büroleiter. Neuer Geschäftsführer wird Florian Hahn (li.). Landrat Braun (Mitte) ist froh, dass Hahn - ebenso wie sein Vorgänger - schon praktische kommunalpolitische Erfahrung besitzt: Der Putzbrunner ist Gemeinderat und Kreisrat.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postretreibsdruck - Gebühr bezahlt - B 1578 - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Stoiber fordert Opfer von allen	2
Bayern will Soforthilfe für Kommunen	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Stoibers Projekt „Verwaltung 21“ wird Kommunen verändern	3
Nachhaltigkeit im Ländlichen Raum	3
Tage der Dorfkultur	3
Ministerpräsidenten: Gemeinschaftsaufgaben reduzieren	4
GZ-Fachthemen: EDV - Technik und Ausstattung	5 - 7
Kommunaler Bau	8/9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Bildung, Familie und Forschung bleiben Schwerpunkte der Landespolitik:

Stoiber fordert Opfer von allen

In der Regierungserklärung kündigt der Ministerpräsident einen drastischen Verwaltungsabbau und Ausgabenkürzungen an

„Perspektiven für Bayern schaffen - sparen, reformieren, investieren“. In diesen Rahmen hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber seine Regierungserklärung für die nun begonnene neue Legislaturperiode gestellt. Er ließ keinen Zweifel daran, dass von der Staatsregierung über die Verwaltung und die Kommunen bis zu den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile eines „schlanken Staates“ auch durch Opfer erkauft werden müssen, zum Beispiel durch längere Arbeitszeit, Behörden- und Subventionsabbau. Bis 2008 sollen 15% der Staatsausgaben eingespart werden, zunächst 10% im Etat 2004. Ab 2006 werde es in Bayern als erstem Land trotz aller Schwierigkeiten keine Neuverschuldung geben.

Der Ministerpräsident stellte diesen „unbequemen, schmerzhaften und wahrscheinlich auch demonstrationsreichen Weg“ in Kontrast zur rot-grünen Bundesregierung, deren Schuldenpolitik dazu beigetragen habe, dass sich die Bundesrepublik „in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen“ befinde, von der auch Bayern erfasst sei. Aber die Staatsregierung werde alles daran setzen, „dass Bayern der wirtschaftliche Motor in Deutschland bleibt“.

Konzentrieren auf das Wesentliche

Dafür müsse der Staat „auf das Wesentliche konzentriert“ werden. Es gelte Abschied zu nehmen „von der Rundumversorgung in allen Bereichen“. In diesem Sinn skizzierte Stoiber das „Projekt Verwaltung 21“, dem „auch liebgewordene bayerische Eigenheiten“ zum Opfer fallen werden. Mit der Zusammenlegung der Ministerien für Umwelt sowie für Gesundheit und Verbraucherschutz sei der erste Schritt getan worden. Nun werde man darangehen, Sonderbehörden zusammenzufassen wie die für Ernährungs- und Privatwaldberatung, wie Wasserwirtschafts-, Straßen- Hochbau und Vermessungsämter, für Versorgung und Familienförderung, für

die Gewerbeaufsicht und die ländliche Entwicklung. Technische Prüfungen würden privatisiert. „Was heute TÜV, DEKRA, oder andere Private zur Zufriedenheit der Bürger können, muss nicht eine Bürokratie vollziehen.“ Genehmigungsverfahren sollen bei einer Behörde gebündelt werden, damit Bescheide innerhalb bestimmter Fristen ergehen können. Gestraft werden soll auch die Polizeiorganisation, ohne dass die Bürgernähe über die Inspektionen darunter zu leiden habe.

Eine weitere Ankündigung betraf die Abschaffung der Planungsregionen. Dazu soll das erst heuer novellierte Landesentwicklungsprogramm (LEP) wieder auf den Prüfstand kommen. Bis Ende 2004 soll ein neues, „schlankes“ LEP aufgestellt werden. Für Bürgeranliegen wird eine „Gemeinsame Servicestelle“ der Staatsregierung als zentrale Anlaufstelle geschaffen. Parallel läuft der Abbau der Staatsverwaltung in den Behörden durch Aufhebung entbehrlicher Verordnungen und - mit Zustimmung des Landtags - Gesetze.

Entlastung von gesetzlichen Aufgaben

Für die Kommunen hat der Ministerpräsident die Entlastung von gesetzlichen Aufgaben angekündigt, wozu vor allem der Bund seinen Beitrag leisten müsse. Die Kommunalfinanzen müssten „auf eine solide Grundlage gestellt werden“. Auch hier galt die Forderung Stoibers dem Bund: Absenkung der Gewerbesteuerumlage auf 20% sowie Anhebung des Umsatzsteueranteils. Für die Gewerbesteuer gebe es „trotz aller Diskussionen bisher keinen gleichwertigen Ersatz“. Ihre von Rot-Grün beschlossene Erweiterung andererseits wäre „Gift für unsere Wirtschaft“.

Von den drastischen Sparmaßnahmen nach Möglichkeit ausgenommen bleiben sollen laut Regierungserklärung Familien und Betreuung, Schulen und Hochschulen, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Die Finanzierung der Kinderbetreuungsangebote solle gesichert werden, betonte Stoiber. Bis Ende 2008 „wollen wir auch in Partnerschaft mit den Kommunen Bedarfsdeckung bei allen Kinderbetreuungsangeboten erreichen.“ Für Schulkinder sollen gemeinsam bis 2006 jährlich 5000 Plätze in Horten und „Ganztagsangeboten“ sowie jährlich 1 000 Plätze für Kinder

unter drei Jahren finanziert werden. An 100 Haupt- und weiterführenden Schulen soll es „Ganztagsklassen“ geben, zusätzlich zu den 1000 „Ganztagsbetreuungsangeboten“ in ganz Bayern.

Kürzere Schulzeit

In Abkehr von der bisherigen Schulpolitik kündigte der Ministerpräsident die Senkung des Schuleintrittsalters von sechs auf fünf Jahre sowie ab 2004/2005 die Verkürzung des Weges zum Abitur am Gymnasium von neun auf acht Jahre an. Auch bereits eingeschulten Kindern soll eine kürzere Schulzeit ermöglicht werden. Diese Entscheidung habe sich die Staatsregierung „nicht leicht gemacht“, räumte Stoiber ein. Für die Hochschulen und Fachhochschulen kündigte er eine stärkere Selbstverwaltung aber gegebenenfalls eine Beschränkung auf bestimmte Fachrichtungen an. Und der Ministerpräsident sprach sich für Studiengebühren nach Überschreitung der Regelstudienzeit aus.

Opposition gegen Dogmen

Die Opposition ließ fast kein gutes Haar am Regierungsprogramm. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget sprach von einem „Sparvorschlag nach der Rasenmähermethode“. Das Ziel eines ausgeglichene Haushalts 2006 zum Dogma zu erklären, „halten wir für falsch“. Von den Ankündigungen des Ministerpräsidenten, die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst auf 42 Stunden zu erhöhen und die Gymnasialschulzeit auf acht Jahre zu verringern sei vor der Wahl keine Rede gewesen. Es handle sich um eine Wählertäuschung, bei der im Bundestag ein Lügenausschuss fällig wäre. Wenn der Ministerpräsident die Bürokratie abbauen wolle, sei festzuhalten, dass die CSU-Regierungen seit über 40 Jahren, für den bayerischen „Obrigkeitsstaatszentrismus“ verantwortlich seien. Stoibers Regierungserklärung zeige zudem, dass er „mit einem Auge nach Berlin“ schiele und nur noch „mit halbem Herzen in Bayern“ agiere.

Grüne gegen „Kahlschlag und Wildwuchs“

Für die Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause war „die CSU das Problem und nicht die Lösung“. Der Ministerpräsident sei „groß in kurzatmigem Aktivismus“, gepaart mit „Lobbydiensten“, was zu einer „fatalen Mischung aus Kahlschlag und Wildwuchs“ geführt habe. Auch räche sich, dass die Staatsregierung mit Duldung der CSU-Fraktion binnen weniger Jahre fünf Milliarden Euro aus Privatisierungserlösen „mit der Gießkanne übers Land vergossen“ habe. Frau Bause kündigte, wie

Finanzminister Faltthäuser:

Ausgabestopp für alle Ressorts

„Die aktuelle Entwicklung der Steuereinnahmen dokumentiert in erschreckendster Weise das völlige Versagen der Bundesregierung in der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik. Allein das September-Ergebnis bei den Steuereinnahmen in Bayern hat die Abwärtsentwicklung bedrohlich beschleunigt. Im Vergleich zum Vorjahr war es mit einem Minus von 223,4 Millionen Euro beziehungsweise mit einem Rückgang um 8,6 Prozent katastrophal“, erklärte Finanzminister Kurt Faltthäuser.

Vor diesem Hintergrund hat Faltthäuser für das laufende Jahr einen Ausgabestopp nach Artikel 41 der Bayerischen Haushaltsordnung für alle Ressorts verhängt. Bis Jahresende dürfen damit nur noch Zahlungen zur Erfüllung bestehender gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen geleistet werden.

Daseinsvorsorge:

Kommunale Selbstverwaltung schützen

Von Alexander Radwan, MdEP

Vor drei Jahren hat der Europäische Rat in Lissabon die Europäische Kommission aufgefordert, ihre Position zur Daseinsvorsorge zu konkretisieren. Damit kam der Rat einem Anliegen der deutschen Länder nach. Öffentliche Dienstleistungen zum Zweck der Daseinsvorsorge sollten gegenüber wettbewerbsrechtlichen Eingriffen abgesichert werden.

Unter Daseinsvorsorge wird die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen, gewährleistet durch die öffentliche Hand, verstanden. Im allgemeinen ist damit die öffentlich zugängliche Versorgung mit Grundgütern gemeint, wie u.a. Energie, Abfallentsorgung, Verkehr, etc. Welche Leistungen genau zur Daseinsvorsorge zählen und wie sie auszugestaltet sind, wird in den Mitgliedsstaaten bestimmt und ist von Land zu Land unterschiedlich. In Deutschland leisten dies überwiegend die Länder und Kommunen. Deren Zuständigkeit für die Daseinsvorsorge auf der einen und die Vorgaben des EG-Wettbewerbsrechts auf der anderen Seite haben allerdings des öfteren für Konflikte gesorgt. Ein bekanntes Beispiel ist der Streit um Beihilfen für öffentliche Banken. Ab 2005 entfallen aufgrund einer Klage privater deutscher Geldinstitute Anstaltslast und Gewährträgerhaftung.

Mitte dieses Jahres hat die Kommission der Lissabonner Aufforderung des Rates Rechnung getragen und ein sogenanntes „Grünbuch“ veröffentlicht, auf deren Grundlage breit über öffentliche Daseinsvorsorge debattiert wird. Im Dezember wird das Europäische Parlament sein Votum abgeben. Im sozialistischen Lager besteht

die Tendenz, Kompetenzen für die Daseinsvorsorge auf europäischer Ebene zu heben. Im Beschlussvorschlag wird eine „Gemeinschaftsperspektive“ für die Daseinsvorsorge gefordert. Europäische Kompetenz in diesem Bereich würde allerdings bedeuten, dass auch die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge, z. B. die Festsetzung von Qualitätsstandards, zentral von Brüssel vorgegeben werden könnte. Dies wird von uns entschieden abgelehnt.

Besonders in Bayern vertrauen wir auf die gewachsenen und bewährten Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung. Als Berichterstatter der EVP-Fraktion kämpfe ich für den Erhalt dieser kommunalen Selbstverwaltung. Leistungen der Daseinsvorsorge können am besten vor Ort bestimmt und ausgeführt werden. Hier sind sie demokratisch legitimiert sowie den lokalen Anforderungen und Gewohnheiten angepasst. So will es das Prinzip der Subsidiarität. Wenn jetzt der Entwurf für einen europäischen Verfassungsvertrag europäische Zuständigkeiten und Ziele für die Daseinsvorsorge festschreibt, untergräbt er dieses Prinzip. Die Bundesregierung darf in diesem Punkt nicht länger schlafen und einen Entwurf zusammenhalten, der schon längst aufgeschürt ist. Der entsprechende Artikel muss aus dem Entwurf verbannt werden, noch ist es dafür nicht zu spät.

Europäische Regelungen für die Daseinsvorsorge darf es nicht geben, weder in Form einer Rahmenrichtlinie, noch im Verfassungsvertrag. Die Europäische Kommission muss vielmehr Leitlinien vorgeben, die klären, wann eine Tätigkeit wirtschaftlicher Natur ist und wann eine Leistung beihilferelevant ist. Dadurch könnten die Kommunen ihre Tätigkeiten im rechtssicheren Raum ausführen.

Die Wahrung kommunaler Zuständigkeit und Kooperationen mit privaten Unternehmen sind kein Widerspruch. Dies ist in vielen Formen möglich - u.a. durch Privatisierung oder Konzessionsvergabe - und wird bereits praktiziert. Bewahrt werden muss die lokale Definitivität. Die Durchführung durch Private kann nach Maßgabe der Kommunen bereits heute erfolgen. Daseinsvorsorge und Wettbewerb haben die selben Ziele: beide wollen optimale Leistungen für die Bürger gewährleisten.



Maget, Alternativvorschläge an.

Grundsätzliche Zustimmung bei der CSU

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann stellte sich voll hinter die Regierungserklärung, die von der Mehrheitsfraktion mit großem Beifall entgegengenommen worden war. Er deutete jedoch an, dass über Einzelheiten des Programms in der Januar-Fraktionsklausur und im Verlauf des kommenden Jahres noch geredet werden müsse; auch wenn die Fraktion durch ihren Vorstand und die Arbeitskreisvorsitzenden an den Vorbereitungen der Regierungser-

klärung in der Staatskanzlei beteiligt war. Vor der Landtagspresse erläuterte Herrmann, es gelte „noch eine ganze Reihe von Fragen“ zu klären; von der zehnpromzentigen Ausgabenkürzung bis zur Umsetzung der Schulzeitverkürzung. Es gebe in Detailfragen bei aller grundsätzlichen Zustimmung „noch einiges zu korrigieren und hinzuzufügen.“ Die Fraktion werde darauf achten, dass der Prozess der Dezentralisierung mit Behördenverlagerung in die Fläche und weg aus den Ballungszentren München und Nürnberg nicht umgekehrt werde. Freilich werde man um „Einschnitte“ nicht herum kommen.

Bayern will Soforthilfe für Kommunen

Keine weitere Blockade des Fünf-Milliarden-Sofortprogramms

Bayerns Finanzminister Kurt Faltthäuser forderte im Ministerrat die rot-grüne Bundesregierung auf, das auf bayerische Initiative von der Unionsmehrheit im Bundesrat beschlossene Soforthilfeprogramm für die Kommunen nicht weiter zu blockieren. Zugleich kündigte Faltthäuser an, die Union werde im Vermittlungsausschuss auf das Sofortprogramm mit einer Entlastung der Kommunen bereits zum 1. Januar 2004 drängen.

Faltthäuser: „Die Kommunen brauchen so schnell wie möglich noch Geld in der Kasse. Das Fünf-Milliarden-Sofortprogramm ist die beste Maßnahme gegen die akute Not der Gemeinden ohne zusätzliche Belastung von Bürgern und Wirtschaft.“

Die Pläne der Bundesregierung zur Gemeindefinanzreform brächten den Kommunen zu wenig. Über 780.000 Freiberufler würden mit einer neuen Steuer

und einer weiteren Formularflut belastet, die Substanzbesteuerung von Unternehmen würde ausgeweitet, kritisierte er. Dies sei „das völlig falsche Signal“. Unverständlich sei auch, warum die Bundesregierung den Kommunen keinen größeren Anteil an der Umsatzsteuer zugestehen wolle. Das Sofortprogramm der Union setzt sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben der Kommunen an. Die Ein-

nahmensituation der Gemeinden soll verbessert werden durch

- ☛ die Reduzierung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der rot-grünen Steuerreform und
- ☛ eine Erhöhung des Anteils der Kommunen am Umsatzsteuerertrag um 10 Prozent im Jahr 2004.

Diese Maßnahmen ergeben für die Kommunen Verbesserungen auf der Einnahmenseite von rund 3,4 Milliarden Euro im Jahr 2004.

Zugleich soll aber auch die Ausgangssituation der Kommunen verbessert werden durch:

- ☛ eine Entlastung der Kommunen bei der Sozialhilfe durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau,
- ☛ die Aufhebung des Grundversicherungsgesetzes oder einen vollständigen Ausgleich des Bundes für die Belastungen der Kommunen aus dem Grundversicherungsgesetz,
- ☛ eine sofortige Novellierung des Sozialgesetzbuches VIII zur Entlastung der Kommunen bei den Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfeleistungen,
- ☛ eine Entlastung der Kommunen bei der Sozialhilfe durch stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme von Sozialhilfeempfängern (Absenkung der Sozialhilfe auf 70 Prozent bei Arbeitsunwilligkeit, Modelle der aktivierenden Sozialhilfe) und
- ☛ ein Konnexitätsprinzip auf Bundesebene.

Insgesamt können die Kommunen mit dem bayerischen Sofortprogramm bereits ab dem 1. Januar 2004 auf der Einnahmenseite und auf der Ausgabenseite um rund fünf Milliarden Euro jährlich entlastet werden.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Dr. Hermann Haisch
87719 Mindelheim
am 6.12.

Landrat Waldemar Zorn
97070 Würzburg
am 6.12.

Bürgermeister Walter Eichhorn
96190 Untermerzbach
am 25.11.

Bürgermeister Werner Grimm
97359 Schwarzbach a. Main
am 28.11.

Bürgermeister
Hermann Salminger
82481 Mittenwald
am 30.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Wamprechtsham
84140 Gangkofen
am 26.11.

Bürgermeister Bernhard Müller
97616 Salz
am 27.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Schmid
94447 Plattling
am 3.12.

Bürgermeister Winfried Strobel
97262 Hausen
am 5.12.

Bürgermeister
Graf Georg von Preysing
83703 Gmund
am 24.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erhard Friege
89438 Holzheim
am 24.11.

Bürgermeister Johann Angstl
84103 Postau
am 25.11.

Bürgermeister Manfred Ländner
97273 Kürnach
am 27.11.

Nachhaltigkeit im ländlichen Raum:

Auch das noch oder jetzt erst recht?

Tagung der Akademie Ländlicher Raum in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag und der Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee

Landwirtschaftsminister Josef Miller will die Entwicklung der ländlichen Räume noch stärker an den Kriterien der Nachhaltigkeit ausrichten. Mehr denn je komme es darauf an, ökonomische, ökologische und soziale Belange ausgewogen in ein Gesamtkonzept einfließen zu lassen, sagte Miller bei einer Tagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V. in Elbach/Leitzachthal.

Nachhaltigkeit dürfe nicht nur Denkanlass sein, sie müsse mehr noch in die Praxis umgesetzt werden. Nur so sei es möglich, sozialen Wohlstand, intakte Landschaft und Ressourcen dauerhaft zu sichern. In der Dorferneuerung will Miller die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Impulse noch stärker betonen. Schwerpunkte sind die Wiederbelebung regionaler Kreisläufe, die Verringerung des Flächenverbrauchs durch Nutzung vorhandener Bauland- und Gebäuderessourcen, die Verbesserung der Lebensqualität durch Gemeinschaftseinrichtungen und die Förderung des technischen Umweltschutzes. Auch die Regionale Landentwicklung will der Minister voran bringen, denn: „Damit können gemeindeübergreifende Projekte wie Biotopnetzungen und Gewerbegebiete effektiv und kostengünstig realisiert werden.“

Wohnquartiere für Jung und Alt

Um die noch stabilen Bewohnerstrukturen durch bauliche und belegungsrechtliche Maßnahmen zu erhalten und zu stärken hat die Oberste Baubehörde Wohnquartiere in verschiedenen bayerischen Städten in das neue Modellvorhaben „Lebendige Wohnquartiere für Jung und Alt“ aufgenommen. Das Modellvorhaben ist ein Fitness-Programm für noch intakte kleinere Quartiere, die aber bereits Defizite aufweisen. **DK**

Nachhaltigkeits-Check

Wertvolle Hilfe verspricht sich Miller von den Ergebnissen eines von ihm initiierten Forschungsvorhabens. Es zeigt, wie sich verschiedene Planungen in der ländlichen Entwicklung vergleichend bewerten und Projekte anhand bestimmter Vorgaben weiterentwickeln lassen. Miller: „Damit können selbst komplexe Wirkungszusammenhänge erkannt und verschiedene Konzepte einem Nachhaltigkeits-Check unterzogen werden.“

Wie Akademiepräsident Prof. Holger Magel eingangs darstellte, herrscht nach einer landesweiten, federführend von seinem Lehrstuhl durchgeführten Evaluierung aller kommunalen Agenda 21-Prozesse bei Gemeinden und Städten „vielfach eine starke Agenda-Müdigkeit, um nicht zu sagen, Agenda-Ernüchterung - ob nun das neue LEP die Nachhaltigkeit zum durchgängigen Querschnittsprinzip erklärt hat oder nicht“. Diese Ernüchterung habe längst auch die Etagen der kommunalen Spitzenverbände erreicht.

Verstärkte Partnerschaft

Die bei der Agenda 21-Evaluierung festgestellte Ermüdung oder Ernüchterung vieler Kommunen hänge vielfach damit zusammen, dass es in den Gemeinden zu wenig klare und feste Strukturen, Prozesse mit unmittelbarer Umsetzung und zu wenig gesamtheitliches und zusammenhängendes Management bei der Agenda gab und gibt, erklär-

te Magel. Von einem systematischen Nachhaltigkeitsprozess in den Kommunalverwaltungen, unabhängig von Agenda 21-Aktivitäten, könne ohnehin keine Rede sein. Hier sieht der Präsident den Ansatzpunkt für eine verstärkte Partnerschaft zwischen Kommunen und Landentwicklung.

Laut Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Gemeindetag, München, kann nachhaltige Gemeindepolitik nur gelingen, wenn der Rathauschef und der Gemeinderat die Weichen für die Zukunft richtig stellen. Notwendig sei es, „dass die handelnden Akteure bereit sind, im konstruktiven Miteinander die Ziele der Gemeindeentwicklung und die interkommunalen Strategien zu erörtern, die Vorgehensweise z. B. in einer Klausurtagung zu vertiefen und unter Einbeziehung der Bürger ein Zukunftskonzept zu erarbeiten“. Dabei sollte überparteilich gehandelt und bei allen Entscheidungen die Frage gestellt werden: „Was dient dem Wohl der Gemeinde?“

Desolate Gemeindefinanzen

Nachhaltige Gemeindeentwicklung und Kommunalpolitik seien weder leere Worthülsen noch unerreichbare Wunschträume. Der Gemeinwohlaufrag der Gemeinden fordere zukunftsfähige Lösungen, sagte Busse. Die Strategien und Instrumente für eine nachhaltige, bürgerorientierte Gemeindeentwicklung seien vorhanden. Ein großer Hemmschuh seien jedoch derzeit die desolaten Gemeindefinanzen, die Initiativen bremsen und Investitionen verhindern. „Vielleicht fördern sie aber“, gab Busse zu bedenken, „ebenso wie der Rückzug des Staates aus vielen Bereichen, auch einen engeren Schulterschluss zwischen Kommunen und Bürgern hin zu mehr Solidarität und Eigenverantwortung“.

Offenheit und Ehrlichkeit

Dr. Renate Buchenauer, Planungsbüro Buchenauer, Marburg, verwies darauf, dass die Gemeindepolitik vor allem dort gefordert sei, wo es um Einbindung, Informationen, Transparenz, Überlassung von Verantwortung, Spielregeln, Vertrauensbildung und Vermeidung von Machtmitteln geht. Oberste Regel sei Offenheit und Ehrlichkeit in der Darstellung fachinhaltlicher verwaltungsmäßiger, rechtlicher und haushaltspolitischer Sachverhalte, ohne dies sei kein Verständnis für Sachzwänge und erst recht kein Vertrauen zu gewinnen. Dabei dürfe allerdings nicht zu viel vorausgesetzt werden: „Wer außerhalb der Verwaltung und Politik“, so die Referentin, „kennt schon die kommunale Haushaltsplanung?“

Ehrenamt fördern

Wenn in der Gemeindepolitik und -verwaltung kein eindeutiger und durchgängiger Konsens und Rückhalt für eine nachhaltige Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit vorhanden sei, werde es immer wieder Rückschläge zu Lasten des Ganzen geben, bemerkte Buchenauer. Die Mitwirkung von Bürgern in Planungsprozessen sei vielmehr als Form des Ehren-

GZ

Kolumne
Luitpold Braun

liebe Leser

Regierungserklärungen sind Dokumente, in denen die Regierungschefs und ihre Kabinette während einer Legislaturperiode, mit Sicherheit aber zu Beginn einer solchen, die Grundzüge ihrer Politik darlegen. In Bayern ist dies nicht anders.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 06. 11. 2003 enthält eine Vielzahl vorgesehener Neuerungen. Wenn dies alles verwirklicht wird, dann haben wir am Ende der



men bereits vorgemacht. Dass die staatlichen Beratungsangebote eingeschränkt werden, ist sicher ebenfalls richtig.

Eine Anmerkung bei der Ernährungsberatung ist allerdings zu machen. Ihre angelegte Einstellung entzieht den Landratsämtern einen wesentlichen Teil ihrer bisherigen Hilfsangebote für den betroffenen Personenkreis. Dies gilt für Kindergärten genauso wie für Altenheime.

Ein Fragezeichen setzte ich allerdings bei der Abschaffung

der Regionalen Planungsverbände „in ihrer bisherigen Struktur“. Niemand wird etwas dagegen haben können, wenn auch die Regionalplanung vereinfacht wird. Eines darf allerdings nicht geschehen, dass sie nämlich den Kommunen entzogen wird. Die Regionalen Planungsverbände haben in den vergangenen Jahrzehnten ihre Aufgaben in ausgezeichneter Weise erfüllt. Sie haben durch die Diskussionen von Kommunalpolitikern in den dafür vorgesehenen Gremien auch viel zum interkommunalen Frieden beigetragen. In vielen Fällen haben sie Maßstäbe gesetzt. Deshalb sollte man sie nicht ersatzlos „über Bord“ werfen. Dies wünscht sich jedenfalls

Stoibers Projekt „Verwaltung 21“ wird die Kommunen verändern

gegenwärtigen Legislaturperiode einen Staat mit einem grundlegend veränderten Behördenwesen. Das Projekt „Verwaltung 21“ umfasst eine ganze Reihe von Neuerungen, die auch die Kommunen maßgeblich betreffen. Dies beginnt mit der Zusammenlegung der Ministerien für Umwelt sowie für Gesundheit und Verbraucherschutz und endet mit der Zusammenfassung von Behördenaufstellungen mit den Hauptstellen.

Die Zusammenfassung von Sonderbehörden und die Eingliederung der hoheitlichen Aufgaben in die Innere Verwaltung ist zu begrüßen. Gerade der Bayerische Landkreistag beschäftigt sich seit Jahren mit diesem Thema; Baden-Württemberg hat uns die notwendigen Refor-

the
Luitpold Braun

ams zu begreifen, das in verantwortungsvolle Bahnen hineingeführt werden müsse. In manchen Fällen bedeute dies vielleicht auch das Abschiednehmen von angenehmen Haltungen und das

Ändern der eigenen Position. Finanziell schwierige Phasen benötigten aber neben neuen kreativen Wegen und Phantasie auch neue Kooperationen. Umgekehrt bräuchten die Bürgerin-

nen und Bürger in diesen Phasen notwendig nicht nur Negativsignale, sie benötigten auch Aufforderungen zum Mittun, zur Mitverantwortung und das Setzen positiver Zukunftszeichen. **DK**

7. Bayerische Tage der Dorfkultur:

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Landkultur in ihrer Vielfalt, Eigenständigkeit, Tradition, Gegenwart und ihrem Fortschritt präsentierten die elf Auerberglandgemeinden und die mitveranstaltenden Direktionen für Ländliche Entwicklung München und Krumbach bei den zehntägigen 7. Bayerischen Tagen der Dorfkultur in Bernbeuren, Landkreis Weilheim-Schongau. In rund 120 Veranstaltungen boten die Dorfkulturtag Marktfeste, Musik, Theater, Führungen und Fachveranstaltungen. Besucher konnten sich dabei über Natur, Kultur, Landwirtschaft, Gewerbe und Tourismus der Region informieren.

Das Auerbergland ist landesweit ein Musterbeispiel für Bürgerengagement und lebendige Dorfkultur. Um die gemeinsame Identität in der Region zu entwickeln und die Wertschöpfung weiter zu verbessern, setzen dort im Rahmen einer vor zehn Jahren gestarteten Regionalen Landentwicklung elf Gemeinden konsequent auf das Wissen, die Erfahrungen und die Mitwirkung ihrer Bürger.

Direktvermarktung

Direktvermarktung von Auerbergland-Spezialitäten, ein bäuerliches Schlachthaus, themenorientiertes Bauernhof-Live, Erlebniswege für Radfahrer und Wanderer (100 Routen mit insgesamt 800 km beschilderten Strecken), das Auerbergland-Qualitätssiegel für Beherbergungsbetriebe sowie die Vernetzung des Tourismusangebots

und die Gewerbeschau im Zweijahres-Rhythmus sind die ersten erfolgreichen Umsetzungsprojekte. Die Wiederbelebung der kaiserlichen Römerstraße Via Claudia Augusta hat sich, vom Auerbergland ausgehend, zu einem verbindenden Element der Zusammenarbeit zwischen Italien, Österreich und Deutschland entwickelt.

Regionale Identitäten

Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller darstellte, sei gerade die Dorfkultur Ausdruck von Engagement und Selbstbewusstsein der Bürger. Als Aktivkultur gehe sie weit über die passiven Angebote der Großstädte hinaus. Die Dorfkultur fördere das Zusammenleben, biete Geborgenheit und gebe Orientierung: „Gerade im Zeitalter der Globalisierung sind regionale Identitäten besonders wichtig.“ **DK**

Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten in München:

Gemeinschaftsaufgaben reduzieren

Rundfunkstrukturreform / Leitlinien für Föderalismuskommission
Forderungen der Länder für EU-Regierungskonferenz

Bei der zweitägigen Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten in der Münchner Residenz ging es unter anderem um eine Rundfunkstrukturreform, die Föderalismuskommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, die Anliegen der Länder für die Regierungskonferenz zum EU-Verfassungsvertrag und die Vereinfachung des deutschen Steuerrechts.

Am öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen die Ministerpräsidenten festhalten. Sie streben jedoch strukturelle Reformen an um „die Finanzierbarkeit dieses Systems auf lange Sicht zu sichern“.

Die Regierungschefs der Länder bekräftigen zudem ihr Ziel, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu stärken und die klare

Zuordnung politischer Entscheidungen zu erreichen. Sie bekräftigen ihr gemeinsames Ziel einer deutlichen Reduzierung der Gemeinschaftsaufgaben. Eine Stärkung der Länderrechte streben sie u. a. an bei den EU-Angelegenheiten und in Fragen der Zustimmungserfordernisse.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung beabsichtigt, die Gemeinschaftsaufgabe Verbesse-

rung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Westen auslaufen zu lassen, das Finanzvolumen für den Osten zu verringern und den Umfang des finanziellen Engagements im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben insgesamt, also auch im Hochschulbau und bei der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, zurückzunehmen, stößt auf ungeteilten Ärger bei den Regierungschefs. Eine modifizierte Hochschulförderung, die dem Bund auch inhaltliche Gestaltungsrechte ermöglicht, sowie Forderungen, die Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung dem Bund zu übertragen, wird zurückgewiesen.

Die Entwicklung des deutschen Steuerrechts wird mit großer Sorge verfolgt. Mangelnde systematische Geschlossenheit, Lücken in der Bemessungsgrundlage, unübersichtliche und ungeordnete Regelungsdichte behindern nach ihren Aussagen stark das Verständnis der Steuergesetze für Bürger und Unternehmen. Die Regierungschefs der Länder halten es deshalb für geboten, das Steuerrecht grundlegend zu reformieren, um das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in den Staat wieder zu stärken und damit ein günstigeres Klima für Konsum und Investitionen zu schaffen.

Eine solche Reform müsse zu einer durchgreifenden Vereinfachung und „Entrümpelung“ des materiellen Steuerrechts und des Verwaltungsvollzugs führen sowie ausreichende Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen

sicherstellen. Bürger wie Unternehmen müssten mit weniger Aufwand ihren steuerlichen Pflichten nachkommen können. Bei einem neuen konzeptionellen Ansatz müsse die soziale Symmetrie einschließlich einer familiengerechten Besteuerung gewährleistet werden. Eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage könne den Spielraum für eine Tarifsenkung bei einer durchgreifenden Steuerreform schaffen.

Die Finanzministerkonferenz wurde deshalb beauftragt, zur Ministerpräsidentenkonferenz im März nächsten Jahres gemeinsame Länderinteressen zur Umsetzung dieser gemeinsamen Zielvorgaben zu formulieren sowie die verschiedenen Steuerreformkonzeptionen zu bewerten.

Die Regierungschefs fordern die Bundesregierung auf, in der EU-Regierungskonferenz dafür Sorge zu tragen, dass die Erfolge des Konvents nicht in Frage gestellt werden. Das betreffe insbesondere das Frühwarnsystem und das Klagerecht der nationalen Parlamente bei Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Die Ministerpräsidenten fordern die Bundesregierung für den Fall weitergehender Verhandlungen in der Regierungskonferenz auf, den Anliegen der Länder, wie sie in ihrem Beschluss vom 26. Juni zum Ausdruck kommen, einschließlich der Daseinsvorsorge im Verhandlungsverlauf Rechnung zu tragen. Gleiches gelte für EU-Vorgaben für öffentliche Dienstleistungen. Zentrale europäische Vorgaben für diese Bereiche widersprechen dem Prinzip der Subsidiarität. Die Mitgliedstaaten sollen auch weiterhin über Maß und Personenkreis der Zuwanderung entscheiden können. Die Regierungschefs begrüßen die Zusage der Bundesregierung, dass die Bundesregierung sich verpflichtet, Klagen des Bundesrates ohne inhaltliche Prüfung an den Europäischen Gerichtshof weiterzuleiten.

Zugestimmt haben die Regierungschefs dem Entwurf des Staatsvertrags zum Lotteriewesen. Die Veranstaltung von Lotterien, mit einem Höchstgewinn von mehr als einer Million Euro bleibt dem Staat vorbehalten.

Hemmschuh ...

(Fortsetzung von Seite 1)
0,3 Prozent die Umsätze annähernd auf dem gleichen Niveau wie 2001, als ebenfalls nur ein minimaler Zuwachs von 0,2 Prozent erzielt werden konnte. Auf dem Inlandsmarkt gerieten die Erlöse zunehmend in den Sog der schwachen Binnenfrage, was hier zu einem Umsatzrückgang von 2,7 Prozent führte. Ein freundlicheres Bild zeichneten die Indikatoren dagegen für den Export, der um 5,8 Prozent zunahm, wovon insbesondere der Maschinenbau und die Automobilzulieferer profitieren konnten.

Geringe Investitionsneigung

In Schwaben schließlich hat sich die Industriekonjunktur 2002 spürbar eingetrübt. Gemessen am Umsatz blieb das Ergebnis um 2,0 Prozent hinter dem Niveau des Vorjahres zurück. Bremswirkung ging insbesondere von der schwachen Binnenfrage aus, die die Inlandserlöse um 3,0 Prozent sinken ließ. Relativ wenig Zugkraft entfaltete auch der Export, der auf dem Niveau des Vorjahres stagnierte. Als Hemmschuh erwies sich aber vor allem die geringe Investitionsneigung der Wirtschaft, wovon der Maschinenbau besonders betroffen war.

Betrachtet man sich die räumliche Verteilung der Betriebe, so zeigt sich, dass sie sich auf 1429 Gemeinden in allen Landesteilen verteilen. Damit sind 70 Prozent der Kommunen Industriestandort. DK

Heim+Handwerk 2003:

Neue Trends rund ums Bauen

Region Edinburgh zu Gast
Internationale Modellbahn-Ausstellung

Die Heim+Handwerk 2003 ist die perfekte Plattform, um ungewöhnliche Ideen für das häusliche Umfeld zu entdecken und sich mit neuen Einrichtungsgegenständen auszustatten. Die 26. Verkaufsausstellung rund ums Bauen, Einrichten, Wohnen findet vom 29. November bis 7. Dezember 2003 auf dem Gelände der Neuen Messe München statt. Gastregion ist dieses Jahr das schottische Edinburgh.

Über 1.200 Aussteller aus ca. 30 Ländern präsentieren ein exklusives Warenspektrum, das von der Wohnausstattung mit Küchen, Bädern und Möbeln, Designobjekten, Wohnaccessoires und Kunsthandwerk über die technische Einrichtung und den Heimwerkerbedarf bis hin zu Materialien für den ökologischen Bau und Ausbau reicht. Interessierte können nicht nur fertige Produkte sehen und erwerben, sondern teilweise auch ihre Entstehung hautnah erleben. Neun Tage lang und über zwei Wochenenden finden außerdem die Besucher in vorweihnachtlicher Kaulaune wieder neue Geschenkideen.

50 Jahre Partnerschaft München - Edinburgh

13 Informations- und Leistungsschauen, zwei Sonderausstellungen (bionale und designale) sowie eine Vielzahl in- und ausländischer Gemeinschaftsbeteiligungen runden das Angebot ab. Dieses Jahr zu Gast auf der Sonderschau „Handwerkskunst“ in Halle B1 ist Münchens schottische Partnerstadt Edinburgh. Die Partnerschaft München - Edinburgh wird 2004 ihr 50jähriges Bestehen begehen. Guter Anlass also, dieses Ereignis auf der Heim+Handwerk zu feiern! Neben einem vielfältigen Angebot an ausgefallenen Kunsthandwerk stehen im Programm schon Dudelsackhersteller und Whisky-Händler fest. Die sagenumwobene „Nessie“ wird in der Sonderschau ebenso zu sehen sein, wie eine „Floral Clock“, die der ältesten Blumenuhr an den Princes Street Gardens der schottischen Hauptstadt nachempfunden wird.

Ausländische Gemeinschaftsbeteiligungen

Das internationale Warenangebot wird durch den „Exotischen Markt“ abgerundet. Ferne Weltregionen u. a. aus Afrika, Indien und Asien stellen ihre einheimische Handwerkskunst vor und zeigen ausgefallene Arbeiten von Handwerkern, die traditionell gefertigt werden. Neben den Exoten sind auch europäische Regionen wie Lombardei, Südtirol und Bretagne und einige EU-Beitrittsländer wie Tschechien, Ungarn und Polen vertreten.

Handwerkskammer präsentiert Vielfalt des Kunsthandwerks

Die Sonderschau „Künstlerisches Spielzeug, spielerische Kunst“ ist mittlerweile ein Klassiker und jährlicher Treffpunkt der Spielzeugsammler geworden. Das „Flair des Kunsthandwerks“ ist bei Kennern schon seit Jahren als die Fundgrube für exquisite Weihnachtsgeschenke bekannt. Auf Initiative des Vereins zur Förderung des Handwerks e.V. werden auch in diesem Jahr fast 60 Kunsthandwerker aus sieben Ländern von der Handwerkskammer für München und Oberbayern zu dieser Ausstellung eingeladen.

In den „Lebenden Werkstätten“ werden 14 Berufe live prä-

sentiert, unter denen sich viele Jugendliche heute nichts mehr vorstellen können. Auch Handwerksberufe können modern und zukunftsfähig sein. Im Bereich „Erlebnis Schreinerhandwerk“ kann sich das Publikum von der Vielfalt und Leistungsfähigkeit des Schreinerberufes überzeugen lassen.

Holz aus Bayern

Messebesucher erwarten in der Sonderschau „Holz aus Bayern“ eine ganze Reihe innovativer und attraktiver, aus heimischem Holz gefertigte Möbelstücke. Außerdem zeigt die beachtliche Sonderschau „Die gute Form“ die besten Gesellenstücke aus dem bayerischen Leistungswettbewerb der Handwerksjugend. Die Sonderschau „Feng Shui“ zeigt Interessantes und Lehrreiches zum Thema fernöstliche Harmonielehre.

Dieses Jahr zum ersten Mal präsentiert die Heim+Handwerk 2003 unter dem Motto „Living Young!“ in Halle B3 moderne Möbelstücke mit pfiffigem Design und klugen Anbausystemen.

Ökologische Trends für gesundes Wohnen

In Halle A2 stellt die Sonderausstellung bionale vor, wie man ökologisch und energiebewusst bauen kann, ohne dabei zu tief in die Tasche greifen zu müssen. Die Themenschwerpunkte umfassen die Bereiche Sparen beim Hausbau, Sparen beim Renovieren sowie Sparen beim alltäglichen Bewohnen des Heims.

Zahlreiche wissenswerte Tipps rund ums Bauen, Einrichten und Wohnen erwarten die Besucher der Heim+Handwerk 2003 in drei weiteren Sonderschauen. Die Berufsfeuerwehr München präsentiert zum Beispiel, wie Vorbereitungen und Schutzmaßnahmen getroffen werden können, um einen Brand zu vermeiden. Last but not least der Sozialverband VdK Bayern zeigt in der Sonderschau Behindertengerechtes Wohnen wie behinderte Menschen ihr Haus oder ihre Wohnung ganz nach individuellen Bedürfnissen einrichten können.

Eldorado für Modellbauer

Die Heim+Handwerk 2003 ist Montag bis Freitag von 10.00 bis 18.00 Uhr sowie Samstag und Sonntag von 9.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Parallel zur Verkaufsausstellung findet die 21. Internationale Modellbahn-Ausstellung (I.M.A.) vom 3. bis 7. Dezember in Halle B4 statt. Über 130 Aussteller aus sechs Nationen, darunter alle Marktführer, bieten Fahrzeugminiaturen-Liebhabern und -Sammlern ein Riesensortiment an rollendem Material aller bekannten Nenngrößen und Epochen.

Mit einer kombinierten Eintrittskarte können die Besucher die Heim+Handwerk und die weltweit größte Modellbahn-Ausstellung besuchen.

Besucher-Hotline: Tel. 089/949 55-338. Weitere Informationen im Internet unter www.hh-online.de oder www.ghm.de.

Deimer zur Arbeitszeitverlängerung:

Verhandeln statt mit dem Kopf durch die Wand

Zurückgewiesen hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer, den Vorwurf des Chefs der CSU-Landtagsfraktion, Joachim Herrmann, die Kommunen würden sich nicht aktiv an der Debatte um die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst beteiligen.

Die Tarifpartner hätten sich Anfang dieses Jahres darauf verständigt, das Tarifrecht bis 2005 völlig neu zu vereinbaren. Deshalb hält es Deimer für keine erfolversprechende Strategie, den Verhandlungstisch zu verlassen und die Gewerkschaften per Pressemitteilung ultimativ dazu aufzufordern, einer Verlängerung der Arbeitszeit zuzustimmen. Tarifverträge seien nur im Konsens möglich. Mit einer „Kopf durch die Wand - Politik“ erreiche man nur, dass die Wand härter wird.

Der Vorsitzende erwartet, dass die Gewerkschaften die katastrophalen Kassenlagen der Kommunen berücksichtigen. Eine einseitige Kündigung der Tarifverträge brächte nach seiner Aussage nichts. Die alten Verträge gelten für die Beschäftigten weiter. Lediglich bei Neueinstellungen wären Änderungen der Konditionen möglich. Eine Zweiklassengesellschaft in den Verwaltungen und Betrieben wolle man jedoch vermeiden.

Reformieren statt deformieren ...

(Fortsetzung von Seite 1)
als angemessen, wenn sich der Kommunale Arbeitgeberverband an dieser zweifellos schwierigen Auseinandersetzung beteiligen würde.“ Herrmann wies darauf hin, dass Bayern und die meisten anderen Länder den Tarifvertrag kündigen wollen, die kommunalen Arbeitgeber aber bislang abseits stünden.

Irritationen angesichts der schwierigen Finanzlage

Das gleiche gelte für die Kürzungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld. Für die kommunalen Beamten seien die Maßnahmen der Länder unmittelbar wirksam. Für alle seit dem 1. Juli neu eingestellten Arbeiter und Angestellten würden die vom Freistaat vorgenommenen Kürzungen hingegen von den Kommunen nicht übernommen. „Angesichts der schwierigen Finanzlage der Städte und Gemeinden kann ich das nicht ganz verstehen“, erklärte der Fraktionschef. Als enttäuschend bezeichnete KP-Vorsitzender Braun die Er-

gebnisse der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen. Die Kommunen benötigten nun zweierlei: steigende und berechenbare Einnahmen sowie eine spürbare Entlastung auf der Ausgabenseite.

Kommunen brauchen höheren Umsatzsteuer-Anteil

Geradezu überlebensnotwendig sei die schnelle Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer. „Lieber eine längerfristige Übergangslösung als langfristiger Murks bei der Gewerbesteuer“, sagte der Landrat. Die Kommunen bräuchten in den kommenden Jahren mindestens eine zuverlässige Einnahmequelle, um ein Mindestmaß an Planungssicherheit zu gewährleisten. Von der Bayerischen Staatsregierung forderte Braun effektive Schritte zur finanziellen Stabilisierung der Bezirke. Eine Verbesserung ihrer Kassenlage nehme erheblichen Umlagedruck von den Gemeinden und Landkreisen.

Eine schnelle Lösung für die

Kommunalfinanzen im Vermittlungsausschuss mahnte Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser an. „Allen ist klar, dass den Kommunen jetzt geholfen werden muss“, so Faltlhauser. Aus diesem Grunde müsse die SPD dem Sofortprogramm der Staatsregierung zustimmen. Bayern will darin die Gewerbesteuerumlage von 28 Prozent auf 20 Prozent senken und den Gemeinden einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer übertragen. Dies bringe den bayerischen Gemeinden im kommenden Jahr 550 Millionen Euro.

Bekanntnis zur Gewerbesteuer

Faltlhauser legte ein klares Bekannntnis zur Zukunft der Gewerbesteuer ab. Nur auf ihrer Basis werde es eine Zukunft der Gemeindefinanzen geben. Das derzeitige Konzept der Bundesregierung sei jedoch nicht zustimmungsfähig. „Für uns sind die Einbeziehung der Freiberufler und die ertragsunabhängigen Elemente im rot-grünen Modell nicht akzeptabel“, so der Minister. Für die neue Legislaturperiode kündigte er eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs an, dessen Ziele eine größere Ausgleichsgerechtigkeit, starke Leistungsanreize und eine Vereinfachung sein sollen.

Strukturen neu gestalten

Insgesamt müsse man derzeit die „schwierigsten Monate in der Nachkriegszeit“ überstehen, erklärte Faltlhauser. Man dürfe keineswegs in die Mehrverschuldung ausweichen, dies sei „der moralisch und politisch falsche Weg“. Es gelte, Strukturen mutig neu zu gestalten. Die Politik sei dies dem Bürger schuldig. DK



Ein besonderes Gastgeschenk überreichte der mittelfränkische KP-V-Bezirksvorsitzende Peter Grimm an Luitpold Braun: Hier brauen noch kommunale Brauereien ihr eigenes Bier. Eine Kostprobe davon erhielt der KP-V-Landesvorsitzende. DK

Outsourcing als Wundermittel zur Kosteneinsparung?

Von Prof. Dr. Klaus Jamin

Umfragen in der letzten Zeit zeigen es sehr deutlich: Die Ansprüche an die Datenverarbeitung steigen, über 50 Prozent der Leiter von Datenverarbeitungssystemen (Informationstechnologie-Manager, IT-Manager) fühlen sich unter Druck gesetzt, weil sie Kosten einsparen müssen und diese Aufgaben sie überfordern.

Im öffentlichen Sektor werden die IT-Budgets besonders häufig hinterfragt, weil in Zeiten der leeren Staatskassen selbstverständlich überprüft werden muss, inwieweit die Datenverarbeitung auch mit alten Systemen und alter Software effektiv arbeiten kann.

Jeder der einen Computer hat weiß, wie schnell sich Hardware und Software verändern. Aus diesem Grunde möchte man die Last der dauernden Änderungen möglichst gering halten. Daher ist das altbekannte Auslagern der Datenverarbeitung (Technik und Software) als Outsourcing wieder hochaktuell.

Wer jedoch glaubt, mit einem Outsourcing-Vertrag die Lösung aller Probleme gefunden zu haben um Kosten einzusparen, ist

oft enttäuscht. Sourcing (ein oder aus) ist eine komplexe Materie, die voller Details steckt.

Sorgfältige Verträge

Ein guter Outsourcing-Vertrag muss sich beispielsweise all dieser Details annehmen.

≪ Selektiv vorgehen, nicht

Funktion will wohl überlegt sein; schließlich müssen qualifizierte Ressourcen für das Management der IT in der Behörde weiterhin vorhanden sein.

≪ Die Zukunft des IT-Outsourcing liegt in der Neugestaltung der Verwaltungsabläufe, indem einzelne Prozesse an „Prozess-Profis“ vergeben werden.

≪ Die Verantwortung für die IT ist und bleibt eine Kernkompetenz und kann nicht ausgelagert werden. Es müssen also z. B. ggf. sogar neue Fachleute eingestellt werden, die sich sowohl mit den Aufgaben der Behörden

≪ Weniger Planungs-Fehler. Planer scheitern daran, innerhalb des Budgets zu bleiben. Das kann sich durch die Auslagerung ändern.

≪ Reduziertes investiertes Kapital (Anlagevermögen). Die Anlageintensität wird geringer, die Finanzierung verbessert sich.

≪ Konzentrierteres Fachwissen. Deutlich bei der Lohn- und Gehaltsabrechnung.

≪ Gezieltes Finanzmanagement. Das Finanzmanagement kann sich auf Kernaufgaben konzentrieren.

Kosten sparen allein kann und darf nicht das Ziel des Outsourcing sein. Dazu ist dieser Schritt zu komplex und häufig auch zu endgültig.

Es gibt unter anderem die folgenden Gründe die allerdings von Behörde zu Behörde unterschiedlich gewichtet sein können:

- ≪ organisatorische Gründe,
- ≪ strategische Gründe (Kernkompetenz),
- ≪ Flexibilität (kalkulierbare Kosten),
- ≪ personelle Gründe (teure Spezialisten),
- ≪ Unzufriedenheit mit Ergebnissen eigener IT,
- ≪ Produktionsfaktor Information (Wettbewerbsvorteil).

Gefährlich wird es, wenn eine Behörde outsourct weil die andere es gemacht hat. Das Argument: „was die können, können wir auch“ funktioniert nicht. Wenn eine Behörde die IT auslagert und diesen Schritt systematisch untersucht hat, so kann es für eine andere Behörde durchaus völlig falsch sein, die Datenverarbeitung auszulagern.

Ein weiterer Grund ist die menschliche Unzulänglichkeit, die gegen eine Auslagerung spricht. Die nebenstehende Abbildung zeigt, dass die Aufgaben beim Outsourcing so komplex sind, dass häufig Unsicherheit und Angst der Mitarbeiter vor

den neuen Entwicklungen zum Misserfolg führen kann.

Wenn die Verträge nicht waserdicht abgeschlossen worden sind entstehen weitere Probleme durch:

≪ die rasante technische Entwicklung,

≪ ständige Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen,

≪ das komplexe Zusammenspiel der Software mit anderen Komponenten,

≪ Mängelfreiheit. Sie ist die Ausnahme, nicht die Regel,

≪ keine allumfassenden vertraglichen Regelungen,

≪ Projektstillstände und dadurch Überschreitungen der Zeit- und Budgetvorgaben.

≪ Wo liegen die Nutzungsrechte?

≪ Welche Sicherungsmaßnahmen sind notwendig?

≪ Wer trägt die datenschutzrechtliche Verantwortung?

Ohne Pflichtenheft, das Service Level Agreement, geht das Sourcing mit Sicherheit schief.

Aber: Die strategischen Probleme des Outsourcing sind lösbar. Die betriebswirtschaftlichen Berechnungen sind schwierig. Personalfragen sind größtenteils gelöst, das menschliche Problem aber nicht. Die rechtlichen Probleme kommen erst, wenn es zu spät ist.

Interessante Alternative

Trotzdem ist das Outsourcing eine hochinteressante Alternative und kann trotz der vielen Probleme nicht at acta gelegt werden. Im Gegenteil, bei guter Beratung gibt es genügend positive Beispiele.

Und vielleicht noch ein Hinweis: Allein schon das Beschäftigen mit dem Thema Outsourcing auf der Basis einer intensiven Analyse der vorhandenen Datenverarbeitungsabläufe und der Hardware kann durch das Erkennen von Fehlern und damit von Kosteneinsparungspotenzialen hilfreich und sinnvoll sein. ≪

Wem gehören die Daten?

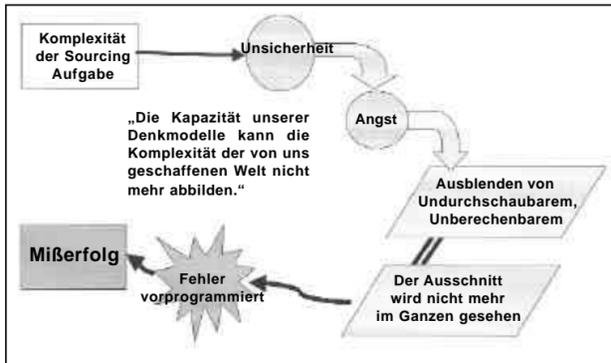
Bei der Gestaltung des Vertragsverhältnisses werden in der Regel beide Partner daran interessiert sein, eine Auftragsdatenverarbeitung im Sinne des § 11 BDSG zu begründen.

Es entstehen dann folgende Fragen:

- ≪ Lässt sich die Verantwortung abgrenzen, wer ist für diesen oder jenen Bereich zuständig?
- ≪ Wer ist Herr der Daten?
- ≪ Wer führt wie Kontrollen durch?

Großunternehmen bevorzugen IT-Outsourcing

IT-Outsourcing liegt im Trend und die Großunternehmen spielen den Vorreiter. Wie eine Umfrage unter 600 Großunternehmen ergab, wollen 90 Prozent der Entscheider in europäischen Unternehmen IT-Dienstleistungen weiter auslagern.



gleich alles erreichen wollen und die gesamte IT auslagern wollen.

≪ Leistungsverbesserung und damit Kundenorientierung stehen im Vordergrund. Daher: Leistungsverbesserung schlägt Kostenoptimierung!

≪ Oft eignen sich nur einzelne IT-Funktionen um durch Outsourcing Kosten zu minimieren.

≪ Outsourcing der gesamten IT-

als auch mit dem Thema Outsourcing sehr gut auskennen.

Vorteile

Natürlich gibt es auch Vorteile des Outsourcing. Allerdings können die Kosten durchaus vermindert werden und zwar durch

- ≪ Reduzierte Lohnkosten. 10-15% je nach IT und Aufgabenbereich.
- ≪ Reengineering. Nicht-Kerntätigkeiten behindern in Behörden die Reengineering Programme.

Office 2003-Edition von Microsoft ist da:

Schon wieder ein neues Office!

Von Klaus Jamin und Hartwig Lohse

In vielen Behörden wird noch Office 97, Office 2000 oder in einigen Office XP eingesetzt. Einige haben den Sprung in Office 2000 geschafft und waren damit glücklich. Warum also schon wieder ein neues Office?

Es gibt viele Gründe warum dieses neue Office tatsächlich einen Quantensprung bedeutet. Auf keinen Fall ist es nötig, wenn es auf einzelnen Rechnern laufen soll. Dazu sind die vorherigen Versionen gut genug. Aber die Zeiten haben sich geändert.

Gerade weil Internet, Intranet, Unternehmensportale und Datenbanken als Lösungen für die Ablage und die Recherche von Informationen immer mehr in den Vordergrund getreten sind, kann mit dieser neuen Office Version produktiver und systematischer gearbeitet werden.

Der Grund, warum diese neue Version interessant werden kann ist, dass Mitarbeiter den Großteil ihrer Daten nach wie vor direkt von Kollegen, das bedeutet über Diskette oder CD, ja sogar in Form von Papier oder in Gesprächen erhält.

Bis zu 80 Prozent der digitalen Informationen liegen dabei (laut Aussage von Fachleuten) in Dokumenten auf verschiedensten Festplatten oder im Netzwerk vor. Oft kennen sich nur die Mitarbeiter selbst damit aus - Wissen, das verloren geht, sobald diese die Firma verlassen.

Software muss größere und vor allen Dingen andere Anforderungen erfüllen, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Mitarbeitern steht heute für die Erfüllung ihrer Aufgaben immer weniger Zeit zur Verfügung. Nur wenn die Software es schafft, zu erfolgreicher Kommunikation,

effizienter Zusammenarbeit und zur Verbesserung von Prozessen beizutragen, genügt sie den modernen Ansprüchen.

Outlook 2003 zum Beispiel, mit der neu gestalteten Benutzeroberfläche, ermöglicht es eMails nicht nur einfacher zu erfassen und zu verwalten, sondern auch Verbindungen zwischen einzelnen Elementen schneller zu erkennen. Dokumente können nach einiger Einarbeitungszeit ausgetauscht und damit anderen Mitarbeitern zur Verfügung gestellt werden.

Das Zauberwort heißt XML (Extensible Markup Language). Mit Hilfe dieser Sprache können zwischen Word 2003, Excel 2003 und Access 2003 Daten mit anderen Programmen ausgetauscht werden.

Inwieweit Office 2003 sich durchsetzen wird, hängt nicht allein vom Preis ab, sondern vom Zusatznutzen den die Behörden von neuer Software erwarten. Diese allerdings muss sorgfältig geprüft werden, dazu bedarf es einiger Zeit und einer Reihe von Testläufen sowie Analysen über die Praktikabilität des Datenaustausches.

Wir werden das Produkt sorgfältig testen. Es lohnt noch zu warten mit der Umstellung bis in der Privatwirtschaft genügend Erfahrung gesammelt wurde. Auch beim Autofahren muss man nicht selbst Testfahrer sein! Übrigens die ersten Korrekturen (Updates genannt) sind schon da.

Doppelte Buchführung in der Verwaltung

Möglichkeit zur Effizienzsteigerung von Kommunen

Die Kluft zwischen steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen der Gemeinden vergrößert sich dramatisch. An Investitionen, die für eine konjunkturelle Belebung notwendig sind, ist vor diesem Hintergrund nicht zu denken. Um die eigene finanzielle Lage in den Griff zu bekommen, müssen sich Verwaltungen verschlanken und auf betriebswirtschaftliche Steuerungskonzepte umsteigen. Als Lösungsweg bietet sich der Wechsel zur doppelten Buchführung (Doppik) an. Bei der Einführung eines doppelten Rechnungswesens unterstützen Steuerberater und DATEV.

Das Konzept der Kameralistik weist systembedingte Mängel auf, die eine betriebswirtschaftliche Steuerung erschweren. Controlling-Elemente sind nur unzureichend vorhanden, die Darstellung des Ressourcenverbrauchs ist wenig aussagekräftig. Deshalb hat die Ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren des Bundes und der Länder mit der „Konzeption zur Reform des Kommunalen Haushaltsrechts“ im vergangenen Jahr eine Reform des kameralistischen Haushalts- und Rechnungswesens beschlossen.

Erweiterte Kameralistik

Dazu wurde die so genannte erweiterte Kameralistik entwickelt, deren Umsetzung für die Städte und Gemeinden allerdings erhebliche Veränderungen bedeuten würde, ohne alle Vorteile des kaufmännischen Rechnungswesens zu bieten. Es steht daher zu erwarten, dass viele Kommunen aus praktischen Gründen gleich den Schritt in die Doppik wagen. Als erste Kommune Bayerns und eine der ersten in Deutschland hat die Gemeinde Putzbrunn bei München im vergangenen Jahr mit Hilfe der DATEV den Umstieg auf ein doppeltes Rechnungswesen vollzogen. Putzbrunn bucht nun vollständig kaufmännisch und profitiert von den damit verbun-

denen Möglichkeiten zur betriebswirtschaftlichen Erfolgs- und Vermögensrechnung. Im Dezember 2002 hat die Gemeinde ihren Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2003 vorgelegt. Die nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung erstellte Planung zeigt deutlich, dass die Kommune ihre strategischen Ziele in Bezug auf Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gegenüber kommenden Generationen erfüllt.

Berater hinzuziehen

Besonders für kleinere und mittelgroße Kommunen, die auf Doppik umstellen wollen, ist der Steuerberater der geeignete Ansprechpartner. Gemeinsam mit Spezialisten der DATEV beginnt er den Umstrukturierungsprozess mit einer Bewertung des kommunalen Anlagevermögens. Daraus wird dann ein Kontenplan nach dem Abschlussgliederungsprinzip entwickelt.

Im zweiten Schritt wird eine Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt, mit der Aufwendungen und Erträge den öffentlichen Dienstleistungen zugeordnet werden können, die sie verursacht haben. Durch die Konzeption eines kommunalen Controlling lassen sich dann aussagekräftige Auswertungen erstellen, die Einsparpotenziale offen legen. ≪

IT-Sicherheit:

Ganzheitliches Konzept

Stadt Rosenheim und MAI e.V. veranstalteten Expertengespräch in Rosenheim

„Informationsverarbeitung birgt Risiken in sich - hohe Sicherheitsmaßnahmen für jeden Einzelnen, für jede Firma, jede Gemeinde, jede Stadt sind daher unumgänglich“, hob Rosenheims Stadtdirektor Diethard Schinzel im Rahmen eines informativen Vortrags- und Diskussionsabends zum Thema „IT-Sicherheit“ im Kultur- und Kongresszentrum hervor. Die Veranstaltung der Stadt Rosenheim als anerkanntes IuK-Zentrum und des Wirtschaftsraum Südbayern MAI e.V. fand im Rahmen der Software Offensive Bayern statt.

Unternehmer und IT-Sicherheitsbeauftragte regionaler mittelständischer Firmen ließen sich von Fachleuten über Grundlagen der IT-Security, praktischen Aufbau eines funktionierenden Sicherheitssystems, rechtliche Situation bei Vernachlässigung der IT-Sicherheit sowie Fördermöglichkeiten von Seiten des Staates bei Einführung und Beratung informieren.

Berechtigte Nutzer

Funktionsicherheit, Informationssicherheit, Datensicherheit und Datenschutz sind bei IT-Security von gleichrangiger Bedeutung, erklärte FH-Professor Dr. Reiner Hüttl. Es müsse sichergestellt sein, dass nur berechtigte Nutzer Zugriff zu Daten erhalten (Authentizität), dass diese Daten nicht von Außen manipuliert werden können (Datenintegrität) und die Vertraulichkeit ebenso gewährleistet ist, wie die stete Verfügbarkeit des Systems (zum Beispiel bei online-banking). Dabei machte Hüttl deutlich, dass es keinen 100prozentigen Schutz sowie keine Firma und keine Gemeinde gebe, deren Daten nicht missbraucht werden können. Einwohnermeldedaten oder Personaldaten seien für In-

ternetlangfinger ebenso interessant wie geplante Grundstücksverkäufe oder Produkt-Know-how. Gefährdungspotenziale lägen dabei jedoch nicht nur in Hackerangriffen; Virenbefall und Würmer sowie Konzeptions- und Programmierfehler könnten Firmenabläufe ebenfalls massiv beeinträchtigen. Aber auch mangelnder Schutz vertraulicher Daten durch unbedachten Umgang der Mitarbeiter mit Codewörtern oder Computerausdrucken könnten zu massiven Schäden für den Betrieb führen.

Firewall reicht nicht

Auf welcher vielfältigen Weise sich weltweit agierende Unternehmen vor unerlaubtem Datenzugriff und Datenverlust schützen, zeigten Richard Albert, verantwortlich für IT-Sicherheit und Informationsmanagement bei der KATHREIN-Werke KG, und Gerd Philipp, Hauptabteilungsleiter von McDonald's Deutschland. Dabei wurde schnell deutlich, dass eine „Firewall“ allein nicht ausreicht. Ein ganzheitliches Sicherheitskonzept von Gebäuden über PC bis hin zu Netzwerk und Informationszugängen sei unumgänglich. Besonders wichtig sei die Sensibilisierung

der Mitarbeiter, so Albert. Die beste Verschlüsselung nutze nichts, wenn die Schlüssel - die Passwörter - offen herumliegen.

Rechtliche Folgen

Die rechtlichen Folgen nicht beachteter IT-Sicherheits-Anforderungen erläuterte Rechtsanwalt Dr. Martin Schippan. Wengleich es noch keine allgemeingültigen Regelwerke zum Thema IT-Sicherheit gibt, gilt: Regelmäßige Datensicherung (täglich) und ein stabiles Anti-Virenprogramm sind für jedes Unternehmen, das per Computer mit anderen Kunden kommuniziert und arbeitet, unabdingbar. Bei sensiblen Daten wird schon heute von den Gerichten eine Firewall als Schutz gefordert. Um sich selbst als Unternehmer oder Vorstand vor persönlicher

Haftung im Schadensfall - zum Beispiel Verlust sämtlicher Kundendaten oder unwissentliche Verbreitung von Viren - zu schützen, empfiehlt Schippan den Einsatz eines Sicherheitsbeauftragten, der sich um die IT-Sicherheit des Unternehmens kümmert.

Innovationsberatungsstelle

Da die Einführung eines funktionsfähigen Sicherheitssystems zwar notwendig ist, jedoch auch Kosten verursacht, verwies Dr. Norbert Hums von der „Innovationsberatungsstelle - Technologie - Transfer“ bei der Landesgewerbeanstalt Landshut auf Fördermöglichkeiten durch den Staat im Rahmen des Technologie-Beratungs-Programms bei Umsetzung solcher Sicherheitsprojekte. Unter www.lga.de/deutsch/ib/mtbp.htm können interessierte Firmeneinhaber oder Existenzgründer den vierseitigen Antrag aus dem Internet laden. Details und Voraussetzungen sind bei der LGA und den Kammer der gewerblichen Wirtschaft zu erfragen. **DK**



Bei der Präsentation des neuen Internetauftritts von Buchloe (v. l.): Klaus Burkhardt (IT-Leiter), Josef Schweinberger (VG-Geschäftsführer), Bürgermeister Franz Greif, Stefan Bachfischer (Geschäftsführer von allgäuNet) und Beate Ebnat (Projektleiterin buchloe.de bei allgäuNet). Foto: allgäuNet

Buchloe mit neuem Internetauftritt

Buchloe (jm). Die Internetseite der Verwaltungsgemeinschaft Buchloe mit ihren Mitgliedsgemeinden (Stadt Buchloe, Gemeinde Jengen, Gemeinde Lamerdingen und dem Markt Waal) bekommt weltweit ein neues Gesicht.

Der Buchloer Internetspezialist allgäuNet hat den Internetauftritt der VG Buchloe unter www.buchloe.de komplett neu gestaltet und aufgepeppt. Die neue Homepage bietet alle wichtigen Infos über die Verwaltungsgemeinschaft Buchloe und die Mitgliedsgemeinden Jengen, Lamerdingen und Waal und wartet mit einem völlig neuen Design, einem Content-Management-System (CMS) und einem umfangreichen Service auf.

„Wir haben nicht nur eine Volltextsuche, sondern auch einen Downloadbereich zum Herunterladen von Formularen integriert. Außerdem können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bestimmte Seiten selbst aktualisieren und somit

immer ohne Zeitverlust auf dem Laufenden halten“, erklärt allgäuNet-Geschäftsführer Stefan Bachfischer. Klar, dass auch Veranstaltungshinweise und ein kommunales Branchenverzeichnis mit direkten Links zu den ansässigen Firmen nicht fehlen dürfen.

„Der neue Auftritt ist rundherum gelungen. Mich freut besonders, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern in Zukunft noch mehr Service über das Internet anbieten können, weil sie manche Verwaltungsangelegenheiten gleich online erledigen können“, zeigte sich Gemeindevorsitzender und 1. Bürgermeister Franz Greif bei der Präsentation der neuen Homepage begeistert. **DK**

Getestet und für gut befunden

Infoma-Produktfamilie newssystem® kommunal erhielt TÜV-Zertifizierung

Als erstes Verfahren erhielt die Produktfamilie newssystem® kommunal aktuell die Auszeichnung „Geprüftes Fachprogramm“ der TÜV Informationstechnik GmbH (TÜV iT). Damit verfügt die integrierte Komplettlösung für das kommunale Rechnungswesen bereits über die zweite Zertifizierung. Schon im vergangenen Jahr zertifizierte die SAKD Sächsische Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung das Verfahren der Ulmer Infoma Software Consulting GmbH.

Grundlagen der intensiven Prüfung auf Funktionalität, Qualität und Sicherheit des Programms durch die TÜV iT GmbH waren die strengen Kriterien der Kataloge kommunaler

Softwareanforderungen, Teilbereiche „Fachübergreifende Anforderungen“ (FÜ.B, Version 2.2, Stand März 2003) und „Kommunales Finanzwesen des Freistaates Thüringen“ (FW.TH,

Ginsheim-Gustavsburg rechnet mit Infoma ab

Umstellung auf Doppik mit newssystem® kommunal

Die hessische Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg realisiert mit Hilfe der integrierten Infoma-Komplettlösung newssystem® kommunal den Umstieg auf das Neue Kommunale Rechnungs- und Steuerungswesen. Der Start des insgesamt vierstufigen Prozesses erfolgt mit der Einführung der Anlagenbuchhaltung in diesem Monat.

Bis Juli 2004 wird der doppische Haushaltsplan 2005 erstellt. Steuern, Gebühren und Beiträge folgen zwei Monate später, und bis Dezember 2004 geht die führende Doppik flächendeckend in den Echtbetrieb. Begleitet wird das Projekt in allen Phasen von den Experten der Ulmer Infoma Software Consulting GmbH.

Die 16.000 Einwohner zählende Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg im Landkreis Groß-Gerau versteht sich seit langem als moderner Dienstleister für ihre Bürgerinnen und Bürger. Um diesem Anspruch auch bei der Abwicklung der internen Geschäftsprozesse gerecht zu werden, schlossen sich die Verantwortlichen mit sieben weiteren Kommunen im Jahr 2002 dem NKRS-Geleitzug I des hessischen Städte- und Gemeindebundes an. Ziel ist es, die gesamte Verwaltung bis 2005 vom bisherigen kamerale auf den doppischen Rechnungsstil umzustellen.

Die Entscheidung zugunsten der Produktfamilie newssystem® kommunal fiel nach einer intensiven Marktanalyse, in deren Verlauf verschiedene Anbieter ihre Lösungen anhand von praktischen Fallbeispielen präsentierten. Sven Hess, Fachbereichsleiter „Zentrale Dienste“ und NKRS-Projektleiter in Ginsheim-Gustavsburg, begründet die Wahl: „Infoma konnte sämtliche konstruierten Geschäftsvorfälle abbilden und hatte einen insgesamt sehr professionellen Eindruck hinterlassen.“ **DK**

Virtuelles Bauamt

Eine eGovernment Applikation der Telekom

Das Bauverfahren ist ein sehr komplexer und umfangreicher Prozess innerhalb einer Verwaltung. Bisher kostete es alle Beteiligten - Bürger, Verwaltungsmitarbeiter und Planverfasser - Zeit, Geld und oft auch Nerven. Dies soll sich durch das von der Deutschen Telekom AG angebotene Virtuelle Bauamt als Bestandteil der eGovernment-Plattform in Zukunft ändern.

Die entwickelte Lösung, schafft die Voraussetzung für die Beteiligung aller Akteure auf einer zentralen Plattform und die medienbruchfreie Abwicklung eines Baugenehmigungsverfahrens. Sie unterstützt alle am Bauprozess beteiligten Akteure in Planung, Kommunikation, Kooperation und Information.

Zahlreiche Dienstleistungen

Die Plattform stellt den Beteiligten zahlreiche Dienstleistungen zur einfacheren Abwicklung bereit. Hierzu zählen zum Beispiel die aktuelle Verwaltung und Ablage von Daten, Dokumenten und Plänen, ein Formularservice und die Verknüpfung zu geographischen Informationssystemen. Dies erleichtert sowohl die Planung und Abwicklung auf Seiten der Planverfasser als auch bei den zuständigen Genehmigungsbehörden.

Einsparpotenziale

Gerade für die Planverfasser ist der Nutzen offensichtlich: Pläne können online eingereicht werden, der Gang zur Genehmigungsbehörde entfällt, Rückfragen können zielgenauer adressiert werden und der Sachstand der Bearbeitung ist jederzeit er-

sichtlich. Kurz: das Bauantragsverfahren wird transparenter. Aber auch bei den Genehmigungsbehörden zeigen sich große Einsparpotenziale und Effizienzsteigerungen. Die Qualität und Schnelligkeit der Bearbeitung wird dadurch deutlich erhöht. So können zum Beispiel Fachabteilungen und Fachämter (z.B. Denkmalschutz) besser integriert werden, ohne Daten schriftlich austauschen zu müssen. Medienbrüche gehören somit der Vergangenheit an.

Natürlich kann bereits bestehende Baugenehmigungs-Software oder ein Geoinformationssystem über Schnittstellen (XML) angebunden werden. Denn erst die Vernetzung der Prozessabläufe über alle Fachanwendungen hinweg, schöpft die möglichen Potenziale voll aus.

Rechtsverbindlichkeit

Um mit dieser Lösung auch rechtsverbindlich im Netz agieren zu können, bedarf es der juristischen Absicherung. Diese Rechtsverbindlichkeit wird durch die Integration der digitalen Signatur gewährleistet und erfüllt die Sicherheitsanforderungen nach dem Signaturgesetz. **DK**

Behördengänge lieber online

Laut einer Studie der Mumert Consulting Unternehmensberatung würden 88 % der deutschen Internetnutzer Behördengänge am liebsten online erledigen. Die für Online-Services wie Passanträge, Wohnungsummeldungen oder Lohnsteuerklärungen notwendige elektronische Signatur setzen bisher allerdings erst acht Prozent der deutschen Kommunen ein. Der Studie zufolge wünscht sich der Bürger eine rechtswirksame elektronische Unterschrift. Mehr als 90 Prozent der Entscheider in den Behörden halten einen einheitlichen Standard in den Ämtern und Behörden für notwendig. **DK**

Große Einspar-Potenziale durch kommunalen Datenaustausch

komuna, Spezialist für EDV-Lösungen, bietet sicheren und komfortablen Service

Die Kommunen tauschen ihre Daten meist per Post aus, was neben Zeit vor allem viel Geld kostet. Hier eröffnet der digitale Datenaustausch via Internet enorme Einspar-Potenziale. komuna, der Spezialist für kommunale EDV-Lösungen mit Sitz in Altdorf, bietet dafür jetzt einen sicheren und komfortablen Service. Er erfordert keinerlei Investitionen und kann sofort genutzt werden.

Angesichts der hohen Kosten ist die postalische Zustellung ein Luxus, den sich eigentlich keine Kommune leisten kann. komuna.NET - die universelle Plattform für kommunalen Datenaustausch und eGovernment - bietet jetzt eine Alternative, die die Gemeindekassen entlastet. Die Kosten einer Rückmeldung im Meldewesen lassen sich damit beispielsweise um 80% reduzieren. Während beim traditionellen Postweg Arbeitszeit, Material und Porto zu Buche schlagen, fallen beim digitalen Datenaustausch mit komuna.NET lediglich die Arbeitszeit und 19 Cent Transaktionskosten an. Investitionen sind nicht erforderlich.

90 Cent statt 5 Euro

Eine Vergleichsrechnung: Legt man einen Kostensatz im mittleren Dienst von 44 Euro je Stunde zugrunde, ergeben sich beim Postweg für die beiden beteiligten Gemeinden - Absender und Empfänger - Gesamtkosten von ca. 5 Euro für einen Meldevorgang. Das neue Verfahren mit komuna.NET kostet die bei-

den Gemeinden lediglich ca. 90 Cent. Das heißt, bereits ein einziger Vorgang birgt ein Sparpotenzial von über 4 Euro.

Novellierung des Melderechts

Besondere Brisanz bekommt das Thema durch die Novellierung des Melderechts. Bis zum 1. April 2004 muss auch das bayerische Meldegesetz angepasst werden. Zukünftig ist bei einem Umzug die Abmeldung bei der Wegzugsgemeinde nicht mehr nötig; eine erhebliche Erleichterung für den Bürger. Aber die Gemeinden müssen die Zugangsdaten innerhalb von maximal drei Tagen austauschen, und zwar möglichst elektronisch. Im Rahmen der Novellierung planen einige Bundesländer die Einrichtung so genannter „Clearingstellen“, die den elektronischen Datenverkehr über Landesgrenzen hinweg regeln. Mit komuna.NET ist für die Gemeinden die Einschaltung einer kostenintensiven „Clearingstelle“ nicht nötig. Mit der universellen Plattform komuna.NET können Da-

ten aus beliebigen Anwendungsbereichen an andere Kommunen, aber auch an sonstige Adressaten übertragen werden. Die Maßgabe bei der Entwicklung lautet: Eine Plattform, eine Technik, alle Wege. Neben den Datenübermittlungen im Meldewesen sind hunderte von weiteren Verfahren möglich. Insbesondere im Bereich des Online-Bürgerservice ergeben sich vielfältige Möglichkeiten. Pilotgemeinden nutzen bereits heute den Online-Service komuna.NET für Zu- und Umzüge, Gewerbemeldungen u.v.m.

Höchste Datensicherheit

Die Datenübertragung erfolgt automatisiert, sobald der Sachbearbeiter eine Datenerfassung abschließt. Es ist also kein zusätzlicher Arbeitsaufwand nötig. Eine automatische Datenverschlüsselung mit elektronischer Signatur sorgt für höchstmögliche Datensicherheit. Die Lösung zeichnet sich außerdem durch hohe Verfügbarkeit und Fehlerredundanz aus. Über alle Datenübertragungen wird ein Zustellnachweis geführt, der im Bedarfsfall die Beweissicherung garantiert.

komuna.NET entspricht dem Standard OSCI-Transport und wird im Rahmen der Soft-

warepflege fortlaufend der Entwicklung der Standards angepasst. Der Service garantiert absolute Vertraulichkeit und Authentizität, der Serviceanbieter komuna selbst kann die Daten nicht einsehen.

Service rund um die Uhr

Der Service lässt sich rund um die Uhr nutzen, wobei auch

eine zeitversetzte Datenübermittlung möglich ist. Die Kommunen müssen also nicht permanent online sein. Gleichzeitig wird eine vielfach höhere Zuverlässigkeit erreicht als beim klassischen eMail-Versand.

Große Nutzworteile

Durch den niedrigen Preis ergeben sich für die Kommunen

von heute auf morgen große Nutz- und Einsparungsvorteile. Die Übertragungskosten sind durch die eingesparten Portokosten mehr als gedeckt. Weitere Einsparungspotenziale ergeben sich aus der medienbruchfreien Weiterverarbeitung, der vereinfachten Vorgangsbearbeitung und dem elektronischen Bürgerservice. Sie kommen der Kommune direkt zugute. ☞

„n.g.neering“:

Fachwissen für Kunden bündeln

Erstem Engineering-Tag von InfraServ und IGS Gersthofen sollen weitere folgen

InfraServ hat ihren ersten Engineering-Tag veranstaltet. Im Mittelpunkt der Informationsveranstaltung im Industriepark Werk GENDORF stand das neue Projekt „n.g.neering“. 111 Ingenieure, Techniker und Kaufleute der InfraServ Gendorf und des Industrieparks Gersthofen kooperieren unter dieser neuen gemeinsamen Marke.

Fachwissen wird gebündelt und den Kunden zur Verfügung gestellt. Diese bekommen so einen Ansprechpartner für Anlagenplanung, -bau, -betreuung und -optimierung. Alles aus einer Hand. „Wir legen unsere Fertigkeiten zusammen, um Know-how zu gewinnen“, erklärte Dr. Friedrich Rebele, stellvertretender Geschäftsführer der Industriepark Gersthofen Servicegesellschaft: Eine Kompetenzvermarktung unter neuem Namen.

Hoher Qualitätsstandard

Zur Informationsveranstaltung im Forum des Industrieparks Werk GENDORF waren neben Altötting Landrat Erwin Schneider, Burgkirchens 2. Bürgermeister Franz Eckl und DGB-Regionvorsitzendem Günter Zellner auch Vertreter des Mittelstands gekommen. Die gemeinsame Marke soll in Zukunft am Markt den hohen Qualitätsstandard beider Partner repräsentieren. Neue Kunden sollen durch diese hauseigene Messe gewonnen und das technische Wissen der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Positives Signal für den Landkreis

Ein Info-Tag über die Produkte und Dienstleistungen, die für die Prozessindustrie, den Mittelstand und kommunale Einrichtungen gedacht sind. „Der Landkreis braucht diese positiven Signale und muss das Potenzial der naturwissenschaftlich ausgerichteten Firmen im Kreis nützen“, betonte Landrat Schneider und wünschte den beiden Unternehmen viel Erfolg.

Optimale Standortvorteile

Übereinstimmend mit Burgkirchens 2. Bürgermeister Eckl beschrieb Schneider die optimalen Standortvorteile für die InfraServ und die Industrie im allgemeinen anhand der großen Akzeptanz in der Bevölkerung für naturwissenschaftliche und industrielle Prozesse: „Hier gibt es keine Schwarz-Weiß-Malerei gegenüber der Chemie und der Industrie, sondern es wird auch in Grenzwerten gedacht!“ Kurze Wege für Genehmigungsverfahren seien sowohl für die Unternehmen im Industriepark GENDORF als auch für die Kommunen und den Landkreis von Vorteil: „Schließlich leben wir alle nicht schlecht von den Werksunternehmen“, so Franz Eckl.

Schwieriges Umfeld

„Wir sind uns der Situation bewusst. Das Umfeld ist schwierig“, sagte Artur Marschner auf den Stellenabbau bei Wacker angesprochen.

uns den Kundenbedürfnissen und dem Wettbewerb am Markt anzupassen und damit unsere Kompetenzen optimal nach außen anbieten zu können. Den Wandel zum erfolgreichen Dienstleister haben wir geschafft!“ So ist der Umsatz mit den mittlerweile rund 1000 Kunden der InfraServ auf rund 25 Mio. Euro in 2002 gewachsen, heuer kann diese Zahl zumindest wieder erreicht werden, wie man bei ISG erwartet.

Positives Feedback

Alfred Sandner von ISG zeigte sich nach der Veranstaltung sehr zufrieden: „Das Feedback der Kunden war gerade für das erste Mal sehr positiv, der Zuspruch gerade von den vielen externen Besuchern ebenso. Laut Kundenaussagen konnte viel Interessantes gelernt werden und man bekam einen guten Überblick auf die Leistungen der Kooperationspartner.“

Eine Woche später fand der Engineering-Tag auch in Gersthofen bei der IGS statt, um die Leistungen der Kooperationspartner auch im Raum Augsburg dazustellen.

InfraServ Gendorf, in Burgkirchens/Landkreis Altötting gelegen, ist ein modernes Dienstleistungsunternehmen und die Betreibergesellschaft des Industrieparks GENDORF, eines Verbundes von eigenständigen Unternehmen im Herzen des Bayerischen Chemiedreiecks. Mit rund 1.000 hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwirtschaftet die InfraServ Gendorf etwa 180 Mio. Euro Umsatz im Jahr. Rund 275 Auszubildende werden im Auftrag von Standortunternehmen und externen Firmen von InfraServ Gendorf ausgebildet. ☞

Umstellung von Offline- auf Online-Verwaltung:

Nicht von heute auf morgen zu bewältigen

Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Herausgeber und Redaktion: Albrecht Koschützke) zeigt, wie wichtig das Thema der Vorbereitung der Umstellung auf eine IT (Informations-Technologie) unterstützte Verwaltung ist.

Kommentiert von Klaus Jamin

Da hilft es nicht, wenn gute Unternehmensberater und großartige IT-Spezialisten antreten und Kosten sparende Vorschläge machen. Die Behörde selbst und damit der Mensch müssen vorbereitet sein.

Der Autor hat verzweifelte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesehen, die nach der Schulung und Umstellung vor ihren Geräten saßen und sich nicht zurechtfinden. Die Umstellung der Offline- auf die Online-Verwaltung stellt für Bund, Länder und Gemeinden eine Aufgabe dar, die nicht von heute auf morgen zu bewältigen ist. Zur Lösung dieser Modernisierungsaufgabe lassen sich beispielsweise folgende Erfolgsfaktoren benennen, welche die Verantwortlichen in den Gebietskörperschaften in jedem Fall berücksichtigen müssen, wenn sie nicht Schiffbruch erleiden wollen:

1. Strategie: Die Entwicklung einer Strategie, die klare Ziele formuliert und aus der Leitprojekte abgeleitet werden können, ist wesentlich für den Erfolg von eGovernment. Die Bedürfnisse der Zielgruppen sollten unbedingt in den Strategiefindungsprozess mit einfließen. Die Entwicklung von Strategien ist eine sehr komplexe Aufgabe. Fast 60 % aller privatwirtschaftlichen Unternehmen haben keine klare Strategie. Warum wohl nicht? Weil eine Strategie zukunftsorientiert ist und bestimmten Ansprüchen genügen muss. Behörden haben es da noch viel schwerer. Sie verkaufen kein Produkt, sondern eine Dienstleistung. Inten-

sive Schulung ist notwendig, um strategisches Denken zu erlernen.

2. Klare Verantwortlichkeiten: An Projekte und Maßnahmen im Rahmen des eGovernment müssen ressortübergreifend Mitarbeiter beteiligt, koordiniert und zu Teams zusammengefasst werden. Die Evaluierung laufender Projekte und die Einbettung der Bemühungen in andere Strategien sind ständig im Auge zu behalten. Erreicht wird dies durch klare Rollenverteilung und eindeutige Zuweisungen von Verantwortlichkeiten. Linienstrukturen, die gerade in der Verwaltung üblich sind, müssen zu Teamstrukturen umgewandelt werden. Das ist ein harter Weg, an dem auch privatwirtschaftliche Unternehmen scheitern.

3. IT-Infrastruktur: Der Aufbau einer zukunftsfähigen Infrastruktur, die Berücksichtigung und Sicherstellung einheitlicher Standards, sind als die Basis von eGovernment anzusehen. Insellösungen müssen vermieden werden. Das ist leichter gesagt als getan. Die kommerziellen Anwender sind gerade dabei, die Insellösungen durch Brücken zu verbinden, ein Weg, der im Chaos enden kann. Neueinsteiger sollten von vorn herein ein Gesamtkonzept beschließen. Lücken können auch nachträglich gefüllt werden.

4. Kooperationen: Die Zusammenarbeit der drei Verwaltungsebenen untereinander, aber auch der Aufbau von Netzwerken, bestehend aus Wissen-

schaft, Beratern, Verbänden, Nonprofit-Organisationen und Vertretern der freien Wirtschaft, fördern einen effizienten Ressourceneinsatz und erhöhen die Umsetzungsgeschwindigkeit. Für die jeweiligen Bundesländer ist zunächst vor allem die Zusammenarbeit mit den Kommunen entscheidend. Kooperationen sind zwar gut, behindern aber oft die Arbeitsgeschwindigkeit und machen - bei vielen Ideen - die Projekte unnötig teuer.

5. Individuelle Finanzierung: Die Konzepte sind v. a. an die finanzielle Lage und den Umfang des Vorhabens anzupassen. Für jedes Projekt sollte ein maßgeschneidertes Finanzierungsmodell entwickelt werden. Wer es schafft, ein funktionierendes Finanzierungsmodell in der heutigen Zeit auf die Beine zu stellen, wird sofort von der Privatwirtschaft abgeworben. Hier sind externe Berater eine gute Lösung.

6. Qualifizierung: Die Qualifizierung der Mitarbeiter der Verwaltung muss den aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Maßnahmen zur Steigerung der Motivation und Akzeptanz müssen ergriffen und Schulungsprogramme ausgebaut werden. Die Einbeziehung der betroffenen Beschäftigten muss von Beginn an stattfinden, unter Umständen ist eine Neuordnung der Personalstruktur vorzunehmen. Nicht nur „unter Umständen“, sondern ganz bestimmt ist eine Personalveränderung notwendig. Das hängt schon mit der Altersstruktur der Mitarbeiter zusammen. Nachteilig muss das aber nicht sein. Junge Mitarbeiter können sich bewähren, ältere Mitarbeiter bringen ihr Wissen ein. Das muss aber koordiniert werden. ☞

Kommunen sollen besseres Rechnungswesen bekommen

Bauindustrie will zusammen mit der Uni München die Kameralistik abschaffen / „Nicht aussagefähig“

Zwar liegen ein gutes Fünftel der öffentlichen Ausgaben und rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen und der öffentlichen Bauaufträge in der Verantwortung der Kommunen, aber nach Ansicht des Bayerischen Bauindustrieverbandes (BBIV) sind die Kommunen mit ihrem überholten Rechnungswesen, der Kameralistik, diesen Aufgaben nicht gewachsen. Der Verband hat deshalb, wie er in seiner Verbandszeitschrift „i.d. BBIV“ mitteilt, zusammen mit der Ludwig-Maximilians-Universität München ein Projekt gestartet mit dem Ziel, ein modernes Rechnungswesen auch in den bayerischen Kommunen einzuführen.

Nach Ansicht des BBIV sind die Kommunen als Gestalter des unmittelbaren Lebensumfeldes des Bürgers erster und wichtigster staatlicher Ansprechpartner. Sie sind für den Bau und den Erhalt kommunaler Straßen, kommunaler Energie- und Wasserversorgungseinrichtungen, für den kommunalen Nahverkehr, für kommunale Verwaltungsgebäude und vieles mehr zuständig (u.a. Umweltschutz, Telekommunikation). Das sei eine gewaltige Aufgabe und Verantwortung, so der BBI. Und er fragt deshalb, ob die Kommunen hierfür auch mit den richtigen Instrumenten ausgestattet sind.

Um über Einnahmen, Ausgaben, Erfolg oder Misserfolg rechtzeitig informiert zu sein, hätten Unternehmen ein hoch entwickeltes Rechnungswesen. Doch beim Staat, bei Bund, Ländern und Kommunen, sei dies ganz anders. Die vorherrschende Methode sei hier die Kameralistik, ein überholtes Rechnungswesen, das nur auf die Erfassung von Geldströmen abstellt.

Ohne Kompass

Die Kommunen stocherten hier gewissermaßen im Nebel, ohne verlässlichen Kompass und daher ohne rechte Orientierung: Sie kannten weder den Wert ihres Sachvermögens noch wussten sie darüber Bescheid, wie sich die ihnen anvertrauten Güter im Wert verändern. Die Kommunen seien mit ihrem überholten kameralistischen Rechnungswesen nicht in der Lage, am Jahresende anzugeben, ob sie nun im Jahresverlauf reicher oder ärmer geworden seien. Bund und Ländern gehe es genauso. Am Jahresende könnten die Kommunen nur an-

geben, ob sie einen Einnahmen- oder Ausgabenüberschuss erreicht haben, kritisiert der BBIV. Das sei zwar auch eine wichtige Saldogröße, aber sie habe weit weniger Aussagekraft, als sie eine vollständige Vermögensübersicht liefern würde.

Folgen der Unkenntnis

Die Folgen dieser Unkenntnis des Wertes des eigenen Vermögens sowie von dessen Veränderung sind nach BBIV-Ansicht weitreichend: Untätigkeit lohne sich, denn wer nicht wisse, wie sein Vermögen durch Nichtstun verfällt, was ihn also die Abschreibung kosten würde, der gebe sich möglicherweise der Illusion hin, durch unterlassene Erhaltungsinvestitionen könne er „sparen“. De facto aber verschulde er sich zu Lasten der nächsten Generation. Wer den Wert seines Vermögens nicht kenne, merke möglicherweise nicht rechtzeitig, dass er über seine Verhältnisse lebe. Eine saubere Bilanzierung würde dies verhindern, stellt der Verband fest.

Mittel zielgerichtet einsetzen

Kommunen, Länder und der Bund brauchen nach Ansicht des Bauindustrie-Verbandes daher ein modernes Rechnungswesen, das den Wert ihres Vermögens und dessen Wertveränderung zeitnah erfasst und abbildet. Nur so herrsche Transparenz über die Entwicklung des staatlichen Vermögens, nur so würden die Folgen unterlassenen Handelns sichtbar, nur so könnten die Kommunen ihre Mittel zielgerichtet einsetzen. Deshalb habe der Bayerische Bauindustrieverband zusammen mit der Uni München das

Projekt gestartet, ein modernes Rechnungswesen auch in den bayerischen Kommunen einzuführen.

Beispielrechnung

In einer Beispielrechnung dokumentiert der BBIV das seiner Meinung nach wesentliche Defizit der herkömmlichen Kameralistik. Darin heißt es: Wenn eine Kommune im Jahre X Einnahmen von 10 Mio. Euro und Ausgaben von 9 Mio. Euro hatte, kann sie nach der herkömmlichen Kameralistik einen Überschuss von 1 Mio. Euro ausweisen. Dass dies eine Illusion sein kann, erkennt man, wenn man das Beispiel ausweitet.

Und in dem ausgeweiteten Beispiel heißt es: Am Jahresanfang betrug das Vermögen der Kommune (Infrastruktur, Gebäude, Guthaben u.a.) 100 Mio. Euro. Wenn man einen durchschnittlichen Abschreibungssatz von 3 % unterstellt (gewichtetes Mittel aus Nutzungsdauer Gebäude 20 Jahre, Strassen 50 Jahre), so hat sich das Vermögen der Gemeinde innerhalb eines Jahres um 3 Mio. Euro entwertet.

Jetzt sieht die Rechnung der Kommune folgendermaßen aus: Der Finanzüberschuss beträgt 1 Mio. Euro, das Vermögen hat um 2 Mio. Euro an Wert verloren, sodass die Gemeinde per saldo ein Defizit von 1 Mio. Euro hat. Denn durch Berücksichtigung der Veränderung des Vermögenswertes hat sich der Überschuss aus der Kameralistik in ein Minus von 1 Mio. Euro verwandelt. Die Kommune ist also im Jahre X ärmer geworden, nicht reicher, wie dies die Kameralistik ausweisen würde. **doh**

Grundsteinlegung für Jüdisches Zentrum in der Landeshauptstadt

Bundespräsident Johannes Rau, Ministerpräsident Edmund Stoiber, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude sowie zahlreiche weitere Ehrengäste haben an der Grundsteinlegung für das neue Jüdische Zentrum am St.-Jakobsplatz in München teilgenommen.

Vor dem Holocaust haben Synagogen und Kirchen gemeinsam das Stadtbild vieler deutscher Städte geprägt. An diese Zeit des fruchtbaren Zusammenlebens und des Zusammenwirkens soll mit dem neuen Jüdischen Gemeindezentrum angeknüpft werden. Der Neubau ist in gewisser Weise auch eine Wiedererrichtung der alten Münchner Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße, die am 9. Juni 1938 vom NS-Regime in einem Willkürakt niedergedrückt wurde.

Mit dem neuen Jüdischen Gemeindezentrum wird sichtbar, dass jüdische Kultur und jüdisches Alltagsleben wieder ein integraler Bestandteil unserer Städte sind. Der Freistaat Bayern und die Bayerische Landesstiftung haben deshalb neben der Landeshauptstadt München hohe Zuwendungen zugesagt und sich trotz der knappen Haushaltsmittel ganz bewusst für dieses Engagement entschieden, weil es für Bayern eine Investition in eine gemeinsame Zukunft ist.

In dem neuen jüdischen Gemeindezentrum wird neben einer Synagoge eine jüdische Schule, ein Kindergarten, ein Gemeindezentrum sowie ein koscheres Restaurant entstehen. Mit in den Komplex wird das jüdische Museum der Landeshauptstadt München integriert. Mit rund 8.000 Mitgliedern ist die israelitische Kultusgemeinde in München und Oberbayern die zweitgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland. Der Freistaat Bayern unterstützt das Gemeindeleben in den israelitischen Kultusgemeinden im Rahmen eines eigenen Staatsvertrages. **z**



Ein ehrgeiziges Sanierungsprojekt: Blick auf die Schlossanlage.

Schlossruine Neuburg a. Inn:

Jetzt ein lebendiges Baudenkmal

Seit 1995 ist der Landkreis Passau Eigentümer des aus dem 12. Jhd. stammenden Schloss Neuburg a. Inn. Genau so lange gibt es ein Ausbau- und Nutzungskonzept, mit dem man sich zum einen die bauliche Sanierung der gesamten Schlossanlage, zum anderen aber auch eine adäquate, nachhaltige Nutzung, d.h. eine Wiederbelebung des Schlosses zum Ziel gesetzt hatte.

Nachdem nunmehr nach einjähriger Bauzeit die restlichen Sanierungsarbeiten am Nordflügel der Hauptburg abgeschlossen werden konnten, wurde die letzte Etappe des Konzepts umgesetzt. Bereits Jahre vorher war ein Landkreissaal und ein Hoteltrakt im Burgbereich errichtet worden.

Landkreisgalerie

Entstanden ist jetzt auf einer Fläche von 300 m² eine sogenannte Landkreisgalerie, in der den Künstlern aus der Region ein anspruchsvoller Ausstellungsraum für ihre Exponate zur Verfügung steht, der natürlich auch und im besonderen der Öffentlichkeit zugänglich ist. Darüber hinaus ist in enger Kooperation mit der Universität Passau, die schon seit Jahren auf Schloss Neuburg für Tagungen ein Bettenhaus errichtet hat, ein „Kolleg der Wissenschaft“ entstanden, in dem die Passauer Hochschule verstärkt Weiterbildungsmaßnahmen anbieten wird.

Das rund 2 Mio. Euro teure Gemeinschaftsprojekt von Landkreis Passau und Freistaat Bayern wurde maßgeblich aus Mit-

teilm der High-Tech-Offensive gefördert, hinzu kamen spezifische Fördermittel aus Kultur- und Denkmalpflege-

Bestimmungsziel erreicht

Mit diesem Abschnitt ist die Gesamtsanierung von Schloss Neuburg a. Inn abgeschlossen, in die in den vergangenen 15 Jahren gut 10 Mio. Euro geflossen sind. Das ehrgeizige Sanierungsprojekt hat nunmehr sein endgültiges Bestimmungsziel als Tagungszentrum, Begegnungsstätte, als kulturelle Einrichtung, aber auch als Ort für öffentliche und private Veranstaltungen erreicht, was durch jahrelanges enges Zusammenwirken von Landkreis, Universität und privatem Engagement ermöglicht werden konnte.

Eine Vision ist Wirklichkeit geworden

Für Landrat Hanns Dorfner ist daher eine Vision Wirklichkeit geworden, an die bei der heutigen turbulenten finanzwirtschaftlichen Situation sich niemand mehr heranwagen würde. **z**

Universität Passau:

25 Jahre „Erfolgsmodell“

Die hohe Attraktivität der Universität Passau hat Wissenschaftsminister Thomas Goppel bei den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen der niederbayerischen Universität hervorgehoben. Wie der Minister bei seiner Festansprache in Passau betonte, habe sich die Universität Passau in den vergangenen 25 Jahren zu einem „Erfolgsmodell“ entwickelt.

Die Universität Passau nahm im November 1978 ihren Studienbetrieb auf. Etwa 125 Mio. Euro hat der Bayerische Landtag für den bisherigen Ausbau der Universität Passau bereitgestellt. Knapp 13 Mio. Euro kommen an Privatisierungserlösen aus der High-Tech-Offensive hinzu. An der Universität sind etwa 8.000 Studentinnen und Studenten eingeschrieben.

Großes Verständnis für kommunale Anliegen

„Dass die Universität der Stadt derart positive Impulse gegeben hat, wurde durch das gute Verhältnis zwischen der Universität und der Stadtverwaltung begünstigt“, betonte Passaus Oberbürgermeister Albert Zankl. Zu Gegensätzlichkeiten, wie in vielen anderen Universitätsstädten, könne es auch deshalb nicht kommen, weil die Universität ihrerseits den kommunalen Anliegen der

Stadt großes Verständnis entgegenbringt.

Wie Passaus Landrat Hanns Dorfner ausführte, sei die Universität Passau auch zu einem Aushängeschild der gesamten Region geworden. Neben seinem exzellenten Studienangebot stelle die Hochschule zudem einen bedeutsamen Wirtschaftsfaktor und unverzichtbaren Standortvorteil für den gesamten ostbayerischen Raum dar.

Öffnung nach außen

Von Anfang an habe sie sich nach Außen geöffnet und selbst enge Kontakte zur Wirtschaft und auch zur Bevölkerung der Region gesucht. So sei es dem „Neuburger Gesprächskreis“, der eine ausgezeichnete Schnittstelle zwischen Hochschule und Wirtschaft ist, gelungen, die Studierenden aller Fakultäten, auch solcher mit weniger Wirtschaftskontakten, an die Betriebe heranzuführen. **DK**

Mutterhaus der Dillinger Franziskanerinnen:

Kloster an der Stadtmauer vor Einsturz gerettet

Freistaat, Bezirk, Landkreis, Stadt und Landesamt für Denkmalpflege unterstützten mit der Diözese die Sanierung/Feierliche Wiedereröffnung

Dillingen (jdt). Ein herausragendes und ehrwürdiges Stück Stadtgeschichte verkörpert das Mutterhaus der Dillinger Franziskanerinnen an der Klosterstraße 6 in der Stadtmittel Dillingens. Als vor einigen Jahren Einsturzgefahr für den aus etwa 20 Zeitepochen zusammengesetzten Gebäudekomplex signalisiert werden musste, herrschte „Alarmstufe I“.

Das Mutterhaus an der staufischen Stadtmauer ist die „Urwurzel“ der nach ihrer Heimat benannten großen und in sieben Provinzen weltweit wirkenden Kongregation. Es hat besonderen Rang auch als ältestes Kloster des franziskanischen Dritten Ordens. Nach umfangreicher Sanierung mit Umbauten, der eine gründliche Bauforschung vorausging, wurde die feierliche Wiedereröffnung des Mutterhauses gefeiert

Historischer Abriss

Das Gründungsjahr des Dillinger Klosters ist 1241. Damals lebte noch in Assisi die hl. Klara, „die Gefährtin und gelehrigste Tochter des hl. Franziskus“, wie die Dillinger Ehrenbürgerin und frühere Generaloberin Sr. Irma Staudinger im Vorwort zur „Geschichte der Dillinger Franziskanerinnen“ von Sr. Lioba Schreyer schrieb. Diese begann mit der Gründung der „Großen Sammlungs-“

Ulrichswerk der Diözese Augsburg, unter Leitung von Geschäftsführer Rudolf Mitterhuber. Für die Meisterung vielfacher Probleme gab es einhellig Anerkennung für die Architektin Gisela Schneider-Brinkmann und ihren Kollegen Matthias Paul, ebenso für die engagierte Baubeauftragte Sr. Carla Mair. Sozusagen „unter ein Dach“ zu bringen waren zeitgerechte Nutzung in Altbau, Fischerbau und Refektorbau, die sehr aufwendige statische Sicherung und die Belange der Denkmalpflege. Die im Laufe der Jahrhunderte immer wieder ergänzten teilsanierten Gebäude mussten, auch mit Stahlskeletten und bis zu neun Meter langen Stahl-Zement-Kleinbohrpfählen stabilisiert werden.

Hohe Anforderungen

Die in zwei Jahren wirkliche Sanierung des Mutterhauses stellte ungewöhnlich hohe Anforderungen an alle Beteiligten. Der Aufwand von insgesamt ungefähr fünf Millionen Euro war von den Dillinger Franziskanerinnen, die ohnehin für über die Hälfte der Baukosten aufkommen müssen, nicht allein zu verkraften. Finanzielle Förderung leisteten der Freistaat Bayern, die Stadt Dillingen im Rahmen der Städtebauförderung, das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst aus dem Entscheidungsfonds, der Landkreis Dillingen, der Bezirk Schwaben, die Bayerische Landesstiftung und die Bischöfliche Finanzkammer Augsburg. Die verantwortliche Baubetreuung oblag dem St.

Bauaufsichtliche Prüfung:

Beckstein will weiteren Rückzug des Staates

Die Bauordnung weiter vereinfachen und weitere Möglichkeiten zur Privatisierung des bauaufsichtlichen Verfahrens schaffen will Innenminister Dr. Günther Beckstein: „Wir stellen zur Diskussion, die Prüfung der Standsicherheit bei allen Bauten vollständig zu privatisieren. Auch bei Sonderbauten wie Hochhäusern soll künftig der ausschließlich privatrechtlich eingesetzte und vom Bauherren beauftragte Prüfsachverständiger tätig werden.“ so Beckstein bei der 40-Jahrfeier der Vereinigung der Prüfsachverständigen für Baustatik in Bayern in München.

Beckstein: „Der Kerngedanke der bayerischen Bauordnungsreform lautet: Weniger Staat - konsequent und nicht halbherzig. Weniger Staat heißt aber nicht Verschieben von Staatsaufgaben auf andere. Sondern weniger Staat heißt mehr Verantwortung qualifizierter Privater.“

Folgerichtig hat die Staatsregierung sich bei der letzten Bauordnungsnovelle 1998 dafür entschieden, dass die Gewähr der Erfüllung der Anforderungen an die Standsicherheit baulicher Anlagen - mit Ausnahme der Sonderbauten - nicht mehr der staatlichen Bauaufsicht unterliegt. Statt dessen wurde sie den privaten verantwortlichen Sachverständigen zugewiesen.

Die Bayerische Bauordnungsreform hat laut Beckstein bundesweit Schule gemacht. Die vor einem Jahr von der Bauministerkonferenz verabschiedete Musterbauordnung

lehnt sich weitgehend an das bayerische Beispiel an. Sie eröffnet darüber hinaus weitere Möglichkeiten zur Entschlackung des materiellen Rechts und zur Privatisierung des bauaufsichtlichen Verfahrens. Die Staatsregierung hat daher die Umsetzung der neuen Musterbauordnung in Landesrecht zügig in Angriff genommen.

Der Gesetzentwurf zur weiteren Deregulierung des Bauordnungsrechts geht von einer vollständigen Privatisierung der Prüfung der Standsicherheit auch für Sonderbauten aus. Wie Beckstein betonte, wird über diesen Regelungsvorschlag ergebnisoffen diskutiert und erst entschieden, wenn alle Argumente auf dem Tisch liegen. Derzeit liegt der Gesetzentwurf bei den betroffenen Verbänden zur Anhörung.

Der Gesetzentwurf zur weiteren Deregulierung des Bauordnungsrechts geht von einer vollständigen Privatisierung der Prüfung der Standsicherheit auch für Sonderbauten aus. Wie Beckstein betonte, wird über diesen Regelungsvorschlag ergebnisoffen diskutiert und erst entschieden, wenn alle Argumente auf dem Tisch liegen. Derzeit liegt der Gesetzentwurf bei den betroffenen Verbänden zur Anhörung.

Lichtstrahlen

Neugestaltet wurden die bisher spartanisch eingerichteten Zimmer der Klosterfrauen und angefügt ein 15 Meter hoher Aufzug. Den östlichen Innenhof ziert ein Brunnen, dessen Granitkugel Wasser spendet. Das westliche „Gruftgärtle“, ebenfalls ein Innenhof, bereichern neben einem älteren gusseisernen Kreuz drei hohe Glasbilder, „Lichtstrahlen“ der Künstlerin Sr. Nicole Oblinger, die den Kampf zwischen Dunkelheit und Licht symbolisieren.

Mit einem Wortgottesdienst in der Klosterkirche, einen Stationen-Gang mit Segnung der neugestalteten Räume durch Pfarrer Peter Twrddy, dem Festakt im Kapitelsaal und einer folgenden „Begegnung“ wurde der Abschluss der umfangreichen Baumaßnahme gefeiert. Die Freude darüber bewegte nicht zuletzt die rund 60 vorübergehend ausquartierten Schwestern des Mutterhauses, mit Hausoberin Sr. Gunhild Hilsenbeck.

Generaloberin Sr. Ann Marie

Friedrichs dankte beim Festakt den Mitschwestern der Provinz Maria Medingen für das Wagnis des Großprojektes, einem „Zeichen der Hoffnung“ an dem Ursprung der Dillinger Franziskanerinnen. Provinzoberin Sr. Edith Krupp erhielt als Geschenk eine Fotokopie der erneuerten wertvollen Stiftungsurkunde.

Lebhaftes Echo

Finanzdirektor Dr. Klaus Donaubauber von der Diözese Augsburg würdigte mit großer Anerkennung das Projekt, aber auch den hohen Stellenwert der Dillinger Franziskanerinnen in der „Ordensgemeinschaft“, mit ihren großen Beispiel gebenden Leistungen im In- und Ausland. Ein lebhaftes Echo hatte Dr. Donaubauber, als er im Blick auf die Auf- und Anbauten des Mutterhauses an die alte Stadtbefestigung zu verstehen gab, dass die Klosterfrauen „auf der Stadtmauer sitzen“.

Segensreiches Wirken

Grund zur Freude für den ganzen Landkreis sah in seiner Ansprache Landrat Dr. Anton Dietrich. Keine andere Gemeinschaft habe die Region so segensreich geprägt wie diese Kongregation. Den Zuschussantrag habe der Kreistag mit „größtem Wohlwollen“ behandelt. Im übrigen äußerte Dr. Dietrich seine Freude darüber, dass die Generalleitung für die fast tausend Ordensfrauen in mehreren Kontinenten, entgegen allen Versuchen, in Dillingen verankert ist.

Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl äußerte seine Hochachtung vor dem gemeisterten Kraftakt der Sanierung, mit der Absicherung vor Einsturzgefahr. Das Mutterhaus gehöre zu den Kostbarkeiten der Stadtgeschichte. Die finanzielle Unterstützung durch den Freistaat sei auch eine



Nach dem Festakt, am neuen Brunnen des östlichen Innenhofes (von rechts): Rudolf Mitterhuber (St. Ulrichswerk), Oberkonservator Dr. Bernt von Hagen, Generaloberin Sr. Ann Marie Friedrichs, Landtagsabgeordneter Georg Winter, Provinzoberin Sr. Edith Krupp, Finanzdirektor Dr. Klaus Donaubauber (Diözese Augsburg), Architektin Gisela Schneider-Brinkmann, Landrat Dr. Anton Dietrich, Sr. Carla Mair, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl. Bild: -jdt-

Art Wiedergutmachung des Unrechts, das dem Orden vor zwei Jahrhunderten bei der Säkularisation widerfuhr.

Großereignis

Oberkonservator Dr. Bernt von Hagen vom Landesamt für Denkmalpflege sprach von einem hervorragend bewältigten Großereignis der Denkmalpflege. Die volle Anerkennung galt den Leistungen der Franziskanerinnen und den exzellenten Lösungen, die Architektin Gisela Schneider-Brinkmann und ihr Team sowie Dr. Helmut Maus bei den „chirurgischen Eingriffen“ gefunden hätten. Die Architektin habe das „Schiff“ bei der Bewältigung aller Probleme sicher gesteuert („...und St. Franziskus war der Kapitän“).

Hohes Lob zollte Gisela Schneider-Brinkmann dem Orden, voran Sr. Carla Mair, Architekt Paul und den beteiligten Firmen für die „ungewöhnliche

Qualität ihrer Arbeit“. Der angebaute moderne Aufzug mit neun Haltestellen sei dringend notwendig gewesen.

Patenschaften möglich

Einen vielseitigen Dank stellte Provinzoberin Sr. Edith Krupp ab. Er galt allen Beteiligten, u. a. den Kommunen, der Diözese, dem Freistaat, Dr. von Hagen, der früheren Provinzoberin Sr. Bernhild Schuster („Du hast das Format einer Gründerfrau“), allen Wohltätern, aber nicht zuletzt den Mitgliedern der Baukommission. Ihr gehörten an Sr. Carla Mair als Hauptverantwortliche, Sr. Richard Zottmann, Sr. Irma Staudinger, Sr. Gunhild Hilsenbeck, Sr. Elke Prochus und Sr. Ludwiga Balk. Zur Sprache wurden auch die Patenschaften für die Restaurierung der alten sakralen Kunstgegenstände gebracht. Hier erbitet die Provinz Maria Medingen noch weitere Unterstützung. ✍

Neue Broschüre:

„Modellvorhaben im Städtebau“

„Die von der Obersten Baubehörde nun herausgegebene Broschüre „Modellvorhaben im Städtebau“ veranschaulicht die Planungsaufgaben und Verfahren von 13 in bayerischen Städten und Gemeinden realisierten Projekten. Sie geben einen breiten Überblick von Standortuntersuchungen bis hin zum Detail in der städtebaulichen Gestaltung.

Die Beispiele belegen, dass es eines hohen Anspruchs und eines großen Engagements bedarf, wenn man es mit dem Thema „Baukultur“ ernst meint. Dabei hat die öffentliche Hand eine besondere Verpflichtung, mit gutem Beispiel voranzugehen und als Vorbild zu wirken: Der Staat kann wichtige Impulse geben, in dem er Planungen anstößt, sowie Innovation und Forschung unterstützt. „Entscheidend ist aber die Leistung der Gemeinden. Ihnen fällt im Rahmen ihrer Planungshoheit die Aufgabe zu, die städtebauliche Entwicklung aktiv zu steuern und die ihnen eröffneten Spielräume möglichst umfassend auszunutzen“, so Beckstein. Dies war bei allen vorgestellten Planungen gegeben: Durch Architektenwettbewerbe wurden Ideenvielfalt und Kreativität in den Planungsprozess eingebracht und durch verschiedene Formen der Beteiligung die Öffentlichkeit für ein zukunftsfähiges, qualitativ hochwertiges Planen und Bauen sensibilisiert.

Hinter allen Planungen steht der Grundgedanke, dass Städte- und Landschaftsplanung die entscheidenden Instrumente zur Sicherung und Gestaltung des Stadtbildes, insbesondere attraktiver öffentlicher Räume sind. ✍

Kulturpolitischer Arbeitskreis der CSU München-Land:

Rückblick auf erstes Jahr erfolgreicher Tätigkeit

Mit berechtigtem Stolz konnte die Vorsitzende des Kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU München-Land, Ursula Kober (Schäftlarn), im Rahmen einer Mitgliederversammlung ihren ersten Arbeitsbericht vorlegen. Mit einem Rückblick auf das erste Jahr erfolgreicher Tätigkeit des Arbeitskreises nannte die Vorsitzende jene Aufgaben, die den Kommunalpolitikern in Artikel 83 der Bayerischen Verfassung ausdrücklich zugewiesen wurden.

Dazu gehört es, die Kulturpolitischen Anliegen in den Gemeinden zu fördern, zu einem anregenden Kulturleben beizutragen, drängende kulturpolitische Fragen anzupacken, die Bürger miteinander ins Gespräch zu bringen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu engagieren und mitzugestalten.

Wanderausstellung

Die Mitglieder der Vorstandsgesellschaft aus allen Teilen des Landkreises haben diese Herausforderung angenommen und im Laufe des Jahres 2003 eine Wanderausstellung bedeutender Künstler aus dem Landkreis München organisiert. Kuratoren waren Prof. Dr. Carla Schulz-Hoffmann (Bayerische Staatsgemäldesammlungen) und Prof. Dr. Andreas Kühne (Uni Mün-

chen). Spenden und Zuwendungen insbesondere die der Kreissparkasse München-Starnberg ermöglichten im Rahmen der Förderung für bildende Kunst Ausstellungen im Kallmannmuseum in Ismaning, im Landratsamt München und im Pullacher Bürgerhaus.

Zur Ausstellung erschien ein Katalog. Alle drei Ausstellungen, bei denen auch die Künstler Dietrich Bartsch, Andreas Bindl, Lothar Fischer, Helmut Pfeuffer, Heike Pillemann, Walter Raum, Helmut Sturm und Walter Tafelmaier anwesend waren, konnten viele Besucher verzeichnen. Das Echo in der Presse war ausserordentlich positiv.

Herausragende Initiativen

Als beispielhafte Initiative und Publikumsmagnet wurden zwei Ausstellungen der Leistungskurse Kunst aus elf Gymnasien des Landkreises im Bürgerhaus Pullach und im Foyer des Landratsamtes München gezeigt und gewürdigt. Vom zuständigen Ministerium für Un-

terricht und Kultus wurden für diese besonderen Schüler-Leistungen Urkunden verliehen. Die Leistungskurse Kunst, die auch für 2004 geplant sind, sollen laut Kober nach Empfehlung des Kultusministeriums der „Verkropfung“ in den Schulen entgegen wirken.

Um den Landkreis besser kennen zu lernen, wurden zwei Busfahrten in den östlichen und südlichen Teil durchgeführt - Thema: Natur und Kultur. Die Kosten wurden durch einen Unkostenbeitrag gedeckt. Weitere Fahrten, z.B. in den nördlichen Landkreis, werden im Frühjahr 2004 folgen.

Großer Einsatz

Ursula Kober dankte allen Beteiligten, die zum Erfolg beigetragen haben - den CSU-Ortsverbänden, dem Schirmherrn Landrat Heiner Janik, den Landtagsabgeordneten Roswitha Riess, Engelbert Kupka, Ernst Weidenbusch und Elisabeth Böhm, allen Sponsoren und der gesamten Vorstandsgesellschaft für den geleisteten Einsatz.

Für 2004/2005 wird durch eine stärkere Zusammenarbeit mit Ansprechpartnern in Ortsverbänden eine noch grössere Breitenwirkung angestrebt. So sollen z.B. neben Gymnasien auch Realschulen und allgemeinbil-



V.l.: Wilfried Roßmanith (Garching), Elisabeth Feiler (Riemerling), Gernot Roßmanith (Putzbrunn), Manfred Wodok (Taufkirchen), Elisabeth Böhm (Haar), Linus Fecker (Pullach), Ursula Kober (Hohenschäftlarn), Marie-Luise Hausleiter (Zell), Otto Glaser (Ismaning), Dr. Klaus Thoma (Hohenschäftlarn). Nicht im Bild: Dr. Walter Mayer (Pullach). Text und Bild: L. Fecker

dende Schulen in die Ausstellungen einbezogen werden, um einem noch breiteren Publikum

die Leistungen in Bildung und Kunst zugänglich zu machen. Die erstaunlichen Arbeiten der

Grund und Hauptunterricht im Kunst- und Werkunterricht werden Ende Juni 2004 in einer Ausstellung im Landratsamt zu sehen sein. Angedacht ist auch eine Zusammenarbeit mit Gymnasien aus dem Landkreis Moskau.

Landkreis Schweinfurt:

Altlandrat Burghard feierte 90. Geburtstag

Er hat seinen Ruhestand genauso strategisch gestaltet wie in seiner Amtszeit den Landkreis Schweinfurt. Vielleicht hat auch das Leitmotiv für seinen Ruhestand ihm ein so hohes Alter ermöglicht, auch wenn ihm sein Augenlicht zunehmend Sorgen bereitet. Altlandrat Dr. Georg Burghard feierte am 15. November 2003 seinen 90. Geburtstag.

Als er im Jahr 1977 nach 19-jähriger verantwortungsvoller Tätigkeit als Landrat für den Landkreis Schweinfurt sein Amt in jüngere Hände legte, nahm er sich vor, sein „Leben so ausklingen zu lassen, wie es im Kindesalter eingependelt ist - sanft, friedvoll und möglichst sorgenfrei“. Es ist ihm offenbar gelungen.

Bei seiner Verabschiedung bescheinigte ihm der damalige Regierungspräsident Philipp Meyer, im Landkreis hervorragende Arbeit geleistet zu haben. So war sein Name eng verknüpft mit dem Brückenbau Berg-/Grafenheinfeld, dem Straßenbau, dem Um- und Neubau des Landratsamtes in der Ignaz-Schön-Straße, der Errichtung der Heideschule, dem Bau von fünf Feuerwehrtstützpunkten und dem des Beruflichen Bildungszentrums.

Nicht nur bequemer Weg

Zu Dr. Burghards Verdiensten zählte laut Regierungspräsident Meyer auch, ein vertrauensvolles Verhältnis zur Stadt Schweinfurt geschaffen zu haben. Auch das Schulwesen habe er mit Vorbildfunktion in Unterfranken ausgebaut. Bei aller Arbeit sei Dr. Burghard nie der Versuchung erlegen, den bequemeren Weg zu gehen, sondern habe da, wo es notwendig war, auch Kritik auf sich genommen.

Als besonderes Verdienst rechnete Meyer dem scheidenden Landrat an, dass er trotz der gewaltigen Aufbauarbeit eine geordnete Finanzlage hinterlassen habe. „Es grenzt fast an ein

Wunder, wenn man bedenkt, dass der Kreis Schweinfurt nur 199 DM pro Bürger (bei einem Durchschnitt von 266 DM) verschuldet ist“, so der Regierungspräsident damals.

Dr. Georg Burghard wurde 1913 als Landwirtssohn in Edersberg im Kreis Pfaffenhofen geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften promovierte er mit „magna cum laude“ 1951, wurde ab 1953 Regierungsrat am Landratsamt Schweinfurt und seit 1958 immer wieder mit großer Mehrheit zum Landrat gewählt. Wie stellvertretender Landrat Rudolf Reith bei seiner Verabschiedung ausführte, habe Dr. Burghard seine besondere Aufgabe darin gesehen, für jeden einzelnen Bürger da zu sein. Reith wörtlich: „Unser Landrat war und ist ein echter Freund seiner bis 1972 64 und nach der Gebietsreform 87 Gemeinden.“

Auszeichnungen

Dr. Georg Burghard wurde für seine Verdienste am 10.5.1968 mit der Ehrenurkunde des Landkreises Schweinfurt, am 15.11.1973 mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber und im August 1974 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet.

Der Jubilar, der inzwischen bei seinem Sohn in Berlin lebt, feiert seinen Geburtstag in Scheuern in Oberbayern. Landrat Harald Leitherer lässt es sich nicht nehmen, Altlandrat Dr. Georg Burghard an seinem Ehrentag zu besuchen und ihm auch für den Landkreis Schweinfurt zu gratulieren.

Hof-Cheb:

Städtepartnerschaft beschlossen

Einstimmig hat der Hofer Stadtrat dem Abschluss einer Städtepartnerschaft mit der tschechischen Stadt Cheb zugestimmt. In Cheb waren die entsprechenden Beschlüsse der Gremien kürzlich bereits befasst worden.

Die Städte pflegen seit einigen Jahren intensive Kontakte auf verschiedenen Ebenen, in die auch Bürger, Vereine und

Schulen einbezogen sind. Die Partnerschaftsurkunden sollen am 27. Januar 2004 vormittags in Hof und am Nachmittag in Cheb unterzeichnet werden.

Für den feierlichen Akt will man Orte wählen, die eine breite Beteiligung der Bevölkerung zulassen. In Hof ist deshalb die Unterzeichnung im Haus Theresienstein geplant.

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Jens Korn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und
Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH, Geschäftsführer:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.

Seminar für Forchheimer Landkreis-Bürgermeister

Zum dritten Mal in Folge wurde für die Bürgermeister des Landkreises Forchheim ein Seminar vom Landratsamt durchgeführt und organisiert. Dieses fand heuer in Randersacker bei Würzburg statt.

Die Themenbereiche waren weit gefasst, von der Darstellung der Energieeinsparpotenziale im Gemeindebereich durch die Energieagentur Oberfranken e.V., die Vorstellung des virtuellen Marktplatzes Getregio durch die Sparkasse Forchheim, der Vorstellung von Landwirtschaftsleiter Reinhold Wunder als neuem Leiter des Amtes für Landwirtschaft Bamberg-Forchheim und dessen Arbeitsschwerpunkte der kommenden Jahre bis hin zur Vorstellung der künftigen Schulentwicklung im Grund- und Hauptschulbereich durch Schulamtsdirektor Gerhard Koller. Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Forchheim, Dr. Ewald Maier, hielt seinerseits einen vielbeachteten Vortrag zur strategischen Ausrichtung des Bankinstituts.

Zu den Themenbereichen Ökonomie, Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung, Bauangelegenheiten, Virtueller Marktplatz und Bayernnetz, Organisation, Personalplanung, Kommunaler Straßenausbau, Gemeindefinanzen, Kindertagesbetreuung und Kreisfinanzen referierten die zuständigen Mitarbeiter des Landratsamtes. Diese standen dann auch jeweils für die Fragestellungen der Bürgermeister zur Verfügung.

In der Freizeit stand eine kleine Wanderung durch die Weinberge Randersacker auf dem Programm. 1. Bürgermeister Herbert Zeidler aus Randersacker führte die Kollegen aus dem Landkreis Forchheim. **DK**

Franz Jungwirth zum 65. Geburtstag:

Hohes Maß an Integrationsfähigkeit

Franz Jungwirth, versierter und angesehener Freisinger Kommunalpolitiker und oberbayerischer Bezirkstagspräsident, feierte am 9. November seinen 65. Geburtstag. Seine Wahl im Juni 2000 an die Spitze des Bezirks Oberbayern hat sich von Anfang an als Glücksgriff erwiesen.

Mit sehr viel Fingerspitzengefühl ging er erst kürzlich wieder gewählte CSU-Politiker an seine neue Aufgabe heran - dies um so mehr, als sein Vorgänger durch die sogenannte Lustreisen-Affäre negative Schlagzeilen schrieb und aufgrund dessen von seinem Posten zurücktreten musste.

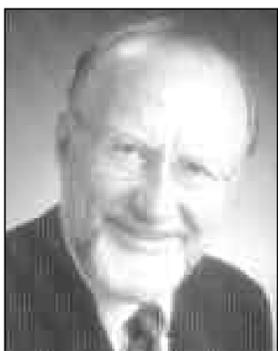
Kein Parteisoldat

Der in Böhmen geborene und in Niederbayern aufgewachsene Jubilar war nach seinem Studium der Volkswirtschaft in München in der Privatwirtschaft tätig, ehe er in das bayerische Umweltministerium wechselte. 1977 übernahm Jungwirth das erste Politische Amt als Kreisvorsitzender der CSU. Ein Jahr später zog er in den Freisinger Kreistag ein, wo ihm seine Fraktion sofort den Vorsitz anvertraute. In diesem Amt zeichnete er sich durch eine hohe Integrationsfähigkeit aus - eine Eigenschaft, die ihm parteiübergreifend bescheinigt wird. In der Tat ist Jungwirth in den Augen seiner Wegbegleiter alles andere als ein Parteisoldat, ideologische Auseinandersetzungen sind seine Sache ebenso wenig wie scharfe Attacken gegen den politischen Gegner.

Stolzer Reformier

1982 wurde Jungwirth in den Bezirkstag gewählt, 1998 ernannte man ihn zum stellvertretenden Vorsitzenden seiner Fraktion, im selben Jahr erhielt er die Bezirksmedaille in Gold. Vom Vorsitz der Kreistagsfraktion zog sich der Jubilar 2000

wegen seiner Wahl zum Präsidenten zurück und gab 2002 auch die Tätigkeit im Umweltministerium als Leitender Ministerialrat auf. Schließlich sei das Amt des Bezirkstagspräsidenten ein Fulltime-Job, meint der Politiker, der außerdem Vorsitzender des Landschaftspflegeverbandes und der Lebenshilfe-



Franz Jungwirth.

Stiftung ist.

Mit Stolz kann Jungwirth darauf verweisen, dass unter seiner Ägide die Bezirksräte vom Ruch der Selbstbereicherung befreit werden konnten und er darüber hinaus das Gremium reformierte. Um so verständlicher waren und sind für ihn Äußerungen von überwiegend parteifreien Kandidaten im Vorfeld seiner Wiederwahl, die das Gremium in Frage stellten. Geforderte Alternativen, beispielsweise das Kommunalparlament durch Zweckverbände zu ersetzen oder Bezirksregierung und Bezirkstag zusammenzulegen, hält der Präsident für schlichtweg nicht nachvollziehbar. **DK**

Tagung niederbayerischer VHS-Leiter:

Vernetztes Handeln heißt die oberste Maxime

Als „gewaltige Bildungsvision“ hat Hans Dasch, 1. Vorsitzender der VHS-Bezirksarbeitsgemeinschaft Niederbayern, die Volkshochschulen hierzulande bezeichnet. Bei einer Tagung der niederbayerischen Volkshochschul-Leiter in Mainburg verwies er darauf, dass die Träger der Erwachsenenbildung Tugenden wie Leistungskraft und Innovationsbereitschaft in sich vereinen.

Dasch forderte zu solidarischem und vernetztem Handeln auf. Längst seien diese Einrichtungen, die mit ihrer Ortsnähe und Kompetenz den gesamten Regierungsbezirk durchzogen, zu einem wichtigen gesellschaftlichen und sozialen Anker geworden. Menschen in den Regionen erhielten die Möglichkeit, verpasste Chancen nachzuholen bzw. noch einmal und fundiert von vorne zu beginnen.

Kompetente Einrichtung

MdL Prof. Dr. Gerhard Waschler (Passau) hob die Bedeutung der Volkshochschulen im vernetzten Bildungssystem des Freistaats hervor. Die Bevölkerung brauche die Einrichtungen im kreativen, sprachlichen, gesundheitlichen sowie berufsbildenden Bereich, um diese

schwierigen Zeiten zu meistern. Chancenausgleich, Wiedereinstiegshilfen und Anpassungsqualifizierung im Sinne von lebenslangem Lernen benötigten kompetente und flexible Einrichtungen wie die Volkshochschulen. Die VHS, so fuhr Waschler fort, sei eine der wenigen Einrichtungen, in der man unbegrenzt von Altersvorschriften und Zugangsbedingungen zur Schule gehen und somit spontan auf die Herausforderungen der Zeit reagieren kann.

Kritik an Vorgaben

Der CSU-Politiker bedauerte in diesem Zusammenhang die ständig wechselnden Vorgaben durch die Bundesanstalt für Arbeit, die ein kontinuierliches Reagieren mit Qualifizierungsmaßnahmen nicht gerade erleichtere. Ausdrücklich würdigte

te Waschler hierbei die örtlichen Arbeitsämter bei ihrem Einsatz für die Arbeitsorganisation. Das vernetzte System des mit Abstand größten Erwachsenenbildungsträgers in Niederbayern beschrieb der Landtagsabgeordnete als gute Grundlage für das Vorankommen in übergreifenden Problemfeldern wie der Integration von Ausländern und deutschstämmigen Zuwanderern, der Wiederentdeckung wertorientierter Haltung, Eltern- und Erziehungsarbeit sowie dem sozialen Ausgleich durch Nachholen von Qualifizierungen.

Haushaltskürzungen

Heftig diskutiert wurden die Haushaltskürzungen für die Erwachsenenbildung und die schlechte Finanzlage der kommunalen Förderung. Die VHS-Leiter appellierten dabei an die Politiker, keine Kürzungen im Bildungsbereich vorzunehmen. Diese Forderung sollte insbesondere für die Erwachsenenbildung, der vierten Bildungssäule, gelten. **DK**

Ingolstädter in-arbeit GmbH:

Gutes Vermittlungsergebnis

Trotz schwieriger Arbeitsmarktlage Vorjahresniveau gehalten

Die in-arbeit GmbH in Ingolstadt zeigt eindrucksvoll, wie man mit intensiver, systematischer und konsequenter Betreuung arbeitslose Sozialhilfeempfänger wieder in den Arbeitsprozess integrieren kann. Trotz höherer Arbeitslosigkeit und weiter rückläufigem Stellenangebot liegt das Vermittlungsergebnis der städtischen Tochtergesellschaft auf dem Vorjahresniveau. Seit Jahresbeginn wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt der Stadt 220 Sozialhilfeempfänger in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse im ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Weitere 40 arbeiten über die Arbeitnehmerüberlassung der in-arbeit in Unternehmen und Institutionen.

„Natürlich kämpfen auch wir mit der schlechten Arbeitsmarktlage,“ erläutern die Geschäftsführer Fritz Bernhard und Dr. Petra Besenthal.

Mehr Bewerber

Aufgrund der zunehmenden Zahl der Sozialhilfeempfänger habe man mehr Bewerber als in den Vorjahren, die Zahl der Beratungen sei dementsprechend gestiegen. Gleichzeitig gehe die Zahl der offenen Stellen weiter zurück, insbesondere bei den für die Klienten wichtigen einfacheren Tätigkeiten.

Wie es dennoch gelingen kann, arbeitslose Sozialhilfeempfänger zu reintegrieren, erläutert Teamleiter Ingbert Friedel. „Wir schauen uns jeden Sozialhilfeempfänger, den uns das Sozialamt schickt, zunächst ganz genau an. Das ist wichtig und fördert auch das Verständnis beim Kunden.“

Bündel von Problemen

Ein Teil der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger, so Ingbert Friedel, ist den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes durchaus gewachsen und braucht nur Hilfe bei der Stellensuche. Viele tragen aber auch ein ganzes Bündel von Problemen mit sich herum: Qualifikations- und Sprachdefizite, Schulden, Drogen, gesundheitliche und psychische Schwierigkeiten und Probleme mit dem oft ebenfalls arbeitslosen Partner oder der Betreuung der Kinder. Auch dafür versuchen die Berater Lösungen zu finden.

Bei Bedarf werden Sprachkurse oder kleiner Qualifizie-

rungsmaßnahmen durchgeführt.

Vorgehensweise

Auf der Basis dieser Profiling genannten Beratungsgespräche machen sich die vier Arbeitsvermittler der in-arbeit an die Stellensuche und begleiten auch die Vorstellungsgespräche. Dazu greifen sie auf über 300 persönliche Arbeitgeberkontakte, auf Stellenangebote in den Medien sowie auf das Arbeitsamt und Zeitarbeitsfirmen zurück. Kommt der Arbeitsvertrag zustande, begleitet in-arbeit die Vermittelten weiter und steht bei Bedarf auch deren neuen Arbeitgebern mit Rat und Tat zur Seite. Dadurch sollen vor allem vorzeitige Abbrüche verhindert werden.

Förderprogramm

Für diejenigen, für die kurzfristig keine Stelle gefunden werden kann, baut Leonhard Braun, Prokurist und Verwaltungsleiter von in-arbeit derzeit ein Förderprogramm auf. „Wir haben in den vergangenen Jahren sehr gute Erfahrungen mit der sogenannten gemeinnützigen Arbeit gemacht. Das sind zusätzliche Arbeiten im öffentlichen Interesse, die der Allgemeinheit zugute kommen. Solche Aufgaben bieten wir jetzt jedem Neuzugang an und sukzessive auch den laufenden Fällen. Die Beratung und die Stellensuche laufen während dieser auf maximal 25 Wochenstunden begrenzten Beschäftigung natürlich weiter.“

Die Einsatzbereiche findet in-arbeit z.B. bei der Stadtrei-

nung, im Gartenamt oder bei karitativen Einrichtungen. Der Großteil der Sozialhilfeempfänger sieht dieses Angebot als sinnvolle und stabilisierende Maßnahme, um im Arbeitsprozess zu bleiben und die kleine Aufwandsentschädigung des Sozialamts als willkommenes Zubrot zur Sozialhilfe. Ca. 20 Prozent derjenigen, die die Vermittler mit diesem unerwarteten Arbeitsangebot konfrontieren, können sich allerdings damit nicht anfreunden. Sie ziehen ihren Antrag beim Sozialamt sofort oder nach wenigen Tagen wieder zurück.

Jump Plus Programm

Die jungen Sozialhilfeempfänger sind der in-arbeit GmbH ein besonderes Anliegen. Deshalb bringen sich die Vermittler derzeit gemeinsam mit dem Sozialamt stark in das neue, vom Arbeitsamt geförderte Jump Plus Programm der Bundesregierung ein. Bis zum Jahresende sollen 85 jugendliche Sozialhilfeempfänger unter 25 Jahren mit Hilfe der Förderung einen Arbeitsplatz finden.

Kombination als Erfolgsrezept

Die Kombination von beraten, fördern, fordern und bei Bedarf auch Nachdruck ist das Erfolgsrezept der in-arbeit GmbH, die sich in erster Linie über Prämien aus eingesparter Sozialhilfe und zu einem geringeren Teil auch aus Umsatzerlösen aus der Zeitarbeit finanziert.

Seit 1999 wurden 1.250 Hilfeeempfänger in ein Arbeitsverhältnis vermittelt. Dazu kommen diejenigen, die durch Mitwirkung von in-arbeit selbst eine Arbeitsstelle gefunden haben. Somit können weit über 1500 Personen und ihre Familienangehörigen ihren Lebensunterhalt unabhängig von Sozialhilfe bestreiten und der städtische Haushalt spart in erheblichem Umfang Mittel ein. **KI**

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Ach, könnten doch nur die Ströme von Juristenschweiß, die auf den Riesefeldern der bürokratischen Engstirnigkeit versickern, auf das Schwungrad des Fortschritts gelenkt werden!“ Mein Chef, der Bürgermeister, ergeht sich in Zeiten der Blut-Schweiß-und-Tränen-Reden halt auch gerne in pathetischen Formulierungen. Sein Ausbruch folgte der Lektüre des Briefes eines ziegenbärtigen und milchgesichtigen Funktionärs einer Partei, in der das Wort „Technologie“ ähnlich heftige Antireaktionen auslöst wie der Begriff „Safitgulasch“ auf einer Tagung von Veganern.

Der Bürgermeister hatte angeregt, es den Rednitzheimbachern nachzumachen und die Stadtratssitzungen live im Internet zu übertragen, damit die Bürgerinnen und Bürger am PC verfolgen können, was sich im Stadtrat so tut.

Mit schlechten Beamten helfen die besten Gesetze nichts

Alle waren dafür, sogar Hajo Klein und Fanny Bacher, der fleischgewordene Antagonismus zum Chef. Nur ein Stadtrat erhob Bedenken wegen des Datenschutzes.

Klar, man muss in der Politik mit Widersprüchen leben. So zum Beispiel, dass es die gleichen Politiker, die eine massive Verteuerung von Urlaubsflugreisen und ein „Aus“ für Billig-Airlines fordern, ganz in Ordnung finden, wenn sie aus einer Laune heraus die Jungs von Struck-Air (die mit dem Eisernen Kreuz an der Seite) mal eben leer zu den Kanaren und zurück fliegen lassen. Aber in einer Zeit, da viel davon geredet wird, Entscheidungsabläufe müssten transparenter an die Menschen gebracht werden, verhindern zu wollen, dass das Medium Internet genutzt wird, um eine Gremiumssitzung „frei Haus“ zu liefern, ist unbegreiflich.

Auch Technikfeindlichkeit genügt für so einen Kappes nicht als Erklärung. Schön, wir leben in einem Land, das seine Hochtechnologie gerne nach China zum abkupfern verkauft und wahrscheinlich sogar bereit wäre, eine Transrapid-

strecke von Timbuktu nach Ouagadougou zu finanzieren, wenn sie bloß nicht vom Flughafen nach München geführt wird. Aber das Internet, das heute schon die Schulkinder zum Hausaufgabenmachen benutzen, ist doch nichts so bedrohliches, als dass man die Menschen davor schützen müsste.

Und doch hat der Briefeschreiber dem Bürgermeister die Kopie eines Zeitungsartikels beigelegt, wonach der bayerische Datenschutzbeauftragte einer Übertragung von Ratssitzungen im Internet nur dann sein Plazet gibt, wenn alle Stadträte sich einverstanden erklären und kein Zuschauer gezeigt wird. Würde ein Zuschauer gezeigt, wäre damit die „Öffentlichkeit der Sitzung“ in Frage gestellt, weil der Zuschauer vielleicht nicht kommen würde, wenn er damit rechnen müsste, dass er im Rathaus gefilmt wird.

Bis dato wusste ich zwar noch nicht, dass der Besuch einer öffentlichen Stadtratssitzung Rufschädigend ist. Aber sei's drum, der Gedankengang ist faszinierend: Je mehr Leuten man mit Hilfe moderner Technik ermöglicht, eine Sitzung zu verfolgen, je stärker gefährdet man die Öffentlichkeit dieser Sitzung. Und auch ein Stadtrat hätte theoretisch die Möglichkeit, sein permanentes Gähnen und Zappeln in den Sitzungen vor der Internetgemeinde mittels Verweigerung der Zustimmung zur Aufnahme zu verbergen. Man muss wohl mehr als neun Semester Jura studiert haben, um hinter diese Logik zu kommen.

Der Bürgermeister wird also die Web-Cams so anbringen, dass alles seine Ordnung hat. Und zum Weitergrateln lege ich ihm das Kalenderblatt mit einer Weisheit von Bismarcks hin: „Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Mit schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts.“



Unterfränkischer Museumstag:

Museen als Garanten für hohe Lebensqualität

„Von der Sammlung zum Museum - das Beispiel Bachgaumuseum“ lautete das Motto des diesjährigen unterfränkischen Museumstags in Großostheim. Dabei wurde den Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Museen die Arbeit des Bachgaumuseums vorgestellt. Mitarbeiter der Bayerischen Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen hielten außerdem Vorträge zu den Themen „Inventarisierung - eine Basisarbeit in 4 Schritten“ und „Das Museumsdepot - Grundlagen und Fragestellungen“. Am Nachmittag standen dann anhand praktischer Beispiele die Themen Restaurierung, Temperierung, Depot und Inventarisierung auf dem Programm.

Wie Regierungspräsident Paul Beinhofer erläuterte, kann und darf die Befriedigung kultureller Bedürfnisse nicht nur in zentralen Orten geschehen. Es entsprechen dem Kulturstaauftrag in der Bayerischen Verfassung, allen Landesteilen eine gleichmäßige Teilhabe an einem facettenreichen kulturellen Leben zu gewährleisten. Dies finde seinen Ausdruck u.a. in einer regional ausgewogenen Verteilung kultureller Fördermittel. So seien aus dem Kulturfonds Bayern in den vergangenen Jahren rund 4,67 Mio. Euro an Zuschüssen in die drei unterfränkischen Regionen zur Förderung der Kultur in ihrer ganzen Breite geflossen.

„Zauberschrank“ Franken

Zu den entscheidendsten Faktoren eines ausgeglichenen kulturellen Angebotes gehörten ohne Zweifel die Museen. Die Museumslandschaft im Regierungsbezirk Unterfranken könne mit ca. 200 Museen und Sammlungen aufwarten. Sie bildeten ein Netz von Häusern, deren Angebot und Themenvielfalt keinen Vergleich mit anderen Regionen

innerhalb und außerhalb Bayerns zu scheuen brauche. Beinhofer: „Franken ist wie ein Zauberschrank; immer neue Schubfächer tun sich auf und zeigen bunte, glänzende Kleinodien und das hat kein Ende.“

Bringschuld

Im Rahmen der Kulturarbeit in einer Region seien es die Museen, die die Identifikation des Bürgers mit seinem Heimatort fördern und ein Stück Lebensqualität bedeuten, fuhr Beinhofer fort. Dem „Mehr“ an Freizeit in der heutigen Gesellschaft werde ein „Mehr“ an kulturellem Angebot gegenüber gestellt. Dies bedürfe jedoch einer aktiven Museumsarbeit. Um gegen konkurrierende kulturelle Angebote bestehen zu können, müssten Museen auf die Besucher zugehen. Insoweit habe sich der Auftrag der Museen von einer „Holschuld“ zu einer „Bringschuld“ entwickelt.

Dezidierte Schwerpunkte will Bezirkstagspräsident Albrecht Graf von Ingelheim mit der einmaligen unterfränkischen Kulturstiftung setzen. Es werden Projekte gefördert, wie die Einrich-

tung des Depots in der Schlossmühle Aschach. 400.000 Euro an Zuschüssen konnten laut Graf von Ingelheim verteilt werden. Auch das Großostheimer Bachgaumuseum wurde und wird dabei unterstützt.

Dr. Albrecht Gribl von der Landesstelle für nichtstaatliche Museen in München plädierte für eine zeitgemäße Präsentation der Ausstellungsstücke mit Bildern und Geschichten aus dem sozialen Umfeld. Ein Museum sei nicht nur Lern-, sondern auch Unterhaltungsort. Dazu gehörten regelmäßige Öffnungszeiten und Sonderausstellungen, die bei den Bürgern die Neugier wecken. Ein Museum dürfe nicht ausschließlich ein Archiv sein. Passend dazu präsentiert der Geschichtsverein Großostheim derzeit im Bachgaumuseum selbst gedrehte Filme zum Schmiedehandwerk und aus der Landwirtschaft.

EDV von hoher Wichtigkeit

Dass eine gute Museumsarbeit im Depot beginnt, erklärten Dr. Viktor Pröstler und Dr. Alexander Wießmann von der Landesstelle für nicht staatliche Museen. Erst wenn man sich einen genauen Überblick verschafft habe, könnten lukrative Ausstellungen organisiert werden. Voraussetzung hierfür seien klimatische Räume und ein Lagerkonzept. Akribisch müsse jeder Gegenstand inventarisiert, bildnerisch dokumentiert und konserviert werden. Dabei komme der EDV eine gewichtige Rolle zu. **DK**

Landkreis Lichtenfels:

Stärkung durch neues Wirtschaftsportal-DialogSystem

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Landratsamt Lichtenfels wurde erstmals über das neue Wirtschaftsportal des Landkreises Lichtenfels berichtet. Stellvertretender Landrat Peter Riedel begrüßte hierzu Wolfgang Lindner von der Firma StandortPool, der die Details anhand einer Onlinepräsentation erläuterte.

Ausgangspunkt für den Landkreis, sich dieses Themas anzunehmen, war das Ergebnis der Unternehmensbefragung im Landkreis Lichtenfels vom März diesen Jahres. Diese hat unter anderem ergeben, dass jedes zweite Unternehmen verstärktes Interesse an Kooperationen mit Betrieben in der Region hat. Zudem gewinnt im Wettbewerb von Wirtschaftsstandorten die professionelle Vermarktung auch von Landkreisen und Regionen zunehmend an Bedeutung. Aktuelle Studien belegen, dass die Pro-

fessionalität der regionalen Akteure erheblich zum Erfolg eines Standortes beitragen kann.

Plattform Internet

Vor allem Unternehmen nutzen das Internet als Kommunikationsplattform, um sich schnell und umfassend über Standorte, Lieferanten oder Produkte zu informieren. Diesem Trend müssen sich fortschrittliche Landkreise stellen, um Unternehmen bei der Ansiedlung zu unterstützen, die ansässigen Firmen zu fördern und den

„Wirtschaftsstandort Landkreis“ weiter zu entwickeln.

Transparenz im Markt

Das neue Wirtschaftsportal des Landkreises Lichtenfels schafft neue Kommunikationsmöglichkeiten und gibt Impulse für eigene Initiativen. Damit kann es zur Entwicklung eines positiven Wirtschaftsklimas innerhalb des Landkreises beitragen. Es sorgt für Transparenz im Marktgeschehen und fördert die regionalen Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Landkreises. Im Gegensatz zu passiven regionalen Marktplätzen generiert das Wirtschaftsportal selbstständig Informationen und Mitteilungen an die Mitglieder, wenn in ihrer Branche Partner gesucht werden oder Ausschreibungen eingehen. Damit wird ein Dialog angestoßen, sobald Handlungsbedarf entsteht.

Partner-Börse

In der Partner-Börse werden branchenspezifische Firmkontakte vermittelt. Sie kann

von allen Unternehmen im Landkreis benutzt werden, um Leistungen anzubieten oder danach zu suchen. In einer weiteren Funktion können Partner für gemeinsame Aktionen gesucht werden, z. B. für Messeauftritte oder gemeinsame Vertriebsaktivitäten. Impulse kommen auch von externen Unternehmen, die spezielle Partner im Landkreis suchen.

Öffentliche Ausschreibungen

In einem Portal für öffentliche Ausschreibungen wiederum erhalten alle Mitglieder kostenlos die Ausschreibungen im Landkreis und allen Nachbarlandkreisen, auch aus Thüringen. Für bundesweite oder europaweite öffentliche Ausschreibungen ist eine geringe Gebühr zu entrichten. Außerdem können sich hier auch Privatpersonen Angebote von Firmen einholen, z.B. für den privaten Hausbau, für Gartengestaltung oder Renovierung. Dieses bürgerfreundliche Angebot kann für zusätzliche Aufträge an die heimische Wirtschaft sorgen. Bei öffentlichen oder privaten Ausschreibungen erhalten die Mitglieder des Wirtschaftsportals automatisch immer dann eine E-Mail-Benachrichtigung, wenn in ihrer Branche eine Ausschreibung eingegangen ist.

Kostenlos in eine Firmen- und Branchen-Datenbank eingetragen können sich Unterneh-

men, Handwerksbetriebe und der Einzelhandel. Eine Branchen- und Stichwortsuche erleichtert es, schnell die richtige Firma bzw. das gewünschte Produkt zu finden. Ein wichtiger Aspekt: Die Eigendarstellung der heimischen Unternehmen dokumentiert auch Wirtschaftskraft und Vielfältigkeit des Landkreises Lichtenfels. Deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele Unternehmen beteiligen. In einer eigenen Maske können sich Studierende eintragen, die einen Praktikumsplatz suchen. Dieses Angebot hilft den Unternehmen, mittelfristig qualifizierte Mitarbeiter zu finden und den Nachwuchs nach Beendigung des Studiums an die Region zu binden.

Kontaktsystem

Für standortsuchende Unternehmen bietet das Wirtschaftsportal ein Gewerbeflächen-Kontaktsystem, um die optimale Gewerbefläche im Landkreis zu finden. Dies gilt für heimische Firmen, die sich im Landkreis neu orientieren wollen ebenso, wie für externe Investoren, die einen neuen Standort suchen. Nach Eingabe der Standortwünsche erhält der Interessent die für ihn geeigneten Standorte im Kreis. Ein detailliertes Anfrageprotokoll wird anschließend per E-Mail an die Wirtschaftsförderung und an

die ausgewählte Kommune weitergeleitet.

Halbjährliche Analysen zeigen, welche Standortfaktoren für Unternehmen besonders wichtig sind - also ein aktuelles Stärken-Schwächen-Profil, an dem die kommunalen Angebote ausgerichtet und bedarfsgerecht entwickelt werden können. Beispiel: Wie wichtig sind Freizeiteinrichtungen, ein attraktiv geplantes Gewerbepark oder das Immobilienangebot vor Ort? Der Mitgliedsbeitrag für Unternehmen richtet sich nach der Betriebsgröße und kostet zwischen 5 und 15 Euro monatlich. **DK**

Kunstaussstellung im Lkr. Fürstfeldbruck

Der Landkreis Fürstfeldbruck veranstaltet dieses Jahr seine 11. Kunstaussstellung mit Preisvergabe. Mit dem mit 4.000 Euro dotierten Kunstpreis 2003 wurde „Empfangshalle“, bestehend aus den Künstlern Corbinian Böhm und Michael Gruber, ausgezeichnet. Den mit 2.000 Euro dotierten Förderpreis 2003 erhielt Jörg Baier. Die Arbeiten der Preisträger und weitere 64 Arbeiten können bis 30.11. im Veranstaltungsforum der Kester-Haessler-Stiftung besichtigt werden. Die Ausstellung ist freitags von 16.00 bis 18.00 Uhr, samstags von 14.00 bis 18.00 Uhr und sonntags von 10.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. **↔**

Vorschau auf GZ 23

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 23, die am 4. Dezember

erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Abfallwirtschaft und Recycling • Altlastensanierung
- ◀ Umweltschutz
- ◀ Kommunalfahrzeuge • Städtereinigung
- ◀ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV